

Kolumbien

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	11
Lokale Rüstungsindustrie	12
Streitkräftestruktur	13
Bewaffnung der Streitkräfte	15
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	19
Polizei und andere Sicherheitskräfte	20
Diversität in den Sicherheitskräften	22

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	24
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	24
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	25
Innere Lage im Empfängerland	30
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	32
Bedrohung von Alliierten	34
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	35
Unerlaubte Wiederausfuhr	36
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	37

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Kolumbien spielt in vielerlei Hinsicht eine große Rolle in Südamerika. Einerseits tragen die vielen internen Konflikte des Landes zur regionalen Anspannung bei, andererseits ist es ebenfalls einer der wichtigsten Verbündeten der USA in der Region. Deutsche Rüstungsexporte spielen bei der militärischen Ausstattung des Landes eine eher geringe Rolle. In den vergangenen Jahren wurden allerdings zwei U-Boote aus Beständen der Bundesmarine und u.a. vier Patrouillenboote geliefert sowie weitere U-Boot-Technik zur Modernisierung von zwei älteren deutschen U-Booten. Größter Waffenlieferant bleiben aber die USA.

Kolumbiens Rüstungsindustrie ist weitestgehend staatlich kontrolliert und mittlerweile in zahlreichen Bereichen aktiv. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich Indumil (Industria Militar) als staatlicher Produzent und stellt seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition her. Heute hält Indumil das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen *Gali* Gewehr und Munition (NATO Standardkaliber 5,56x45mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des Gali Gewehres erheblich gesteigert werden. Neben der Selbstversorgung des kolumbianischen Militärs durch die eigene Industrie, ist es durch die Produktionssteigerung gelungen, diese sogar nach Israel zu exportieren. Daneben haben sich die staatlichen Unternehmen CIAC (Corporación de la Industria Aeronáutica Colombiana), CODALTEC (Corporación de Alta Tecnología para la Defensa) und COTECMAR (Corporación de Ciencia y Tecnología para el Desarrollo de la Industria Naval Marítima y Fluvial) etabliert und jüngst ihre Entwicklungs- und Produktionskapazitäten sowie Verkaufszahlen stark steigern können. Insb. im maritimen Bereich sind derzeit größere Kooperationsprojekte bzw. Lizenzfertigungen im Gange.

Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen extremistische Gruppen ausgelegt. Mehr als zwei Jahrzehnte hat die Anzahl der Soldat:innen stetig zugenommen, zwischen 2016 und 2021 ist sie jedoch leicht gesunken, bis sie 2024 noch einmal um 11.550 Personen angehoben werden musste (insg. 293.200). Dem Heer kommt bei der Bewahrung der Sicherheit und der Bekämpfung der Rebell:innen und Guerillagruppen die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es ebenfalls eine Anti-Drogen-Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde. Die Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seegewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, haben die deutschen U-Boote der Marine bei der Bekämpfung eine besondere Aufgabe. In den vergangenen Jahren kam es insb. bei der Luftwaffe zu umfangreichen Modernisierungen und Neuanschaffungen.

Kolumbien ist seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Das Militär ist eine Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Staates. Insgesamt genießt es in der Bevölkerung ein hohes Ansehen, ist aber gleichzeitig in politische Gewalt und Menschenrechtsverletzungen im Land involviert. Für viele Bewohner:innen, insbesondere ländlicher Bevölkerungsgruppen, ist das Militär zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden. Jüngste Proteste richten sich vor allem auch gegen Polizeigewalt und Menschenrechtsverletzungen, die durch Sicherheitskräfte begangen wurden.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Kolumbien ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten. Andererseits gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrags zum Verbot von Anti-Personenminen. Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtssituation im Land weiterhin desolat. Grundlegende Menschenrechte sind durch Einschränkungen seitens der Politik in Gefahr. Ebenso werden den staatlichen Sicherheitskräften immer wieder Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Infolgedessen sind in den letzten Jahren mehrfach weitreichende Proteste ausgebrochen, so im April 2021, bei denen zahlreiche Menschen in der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Militär bzw. Polizei und Protestierenden getötet und verletzt worden sind.

Obwohl das Land durch das Vorgehen des damaligen Präsidenten Uribes und den laufenden Demobilisierungsprozess sicherer geworden ist, eine rückläufige Anzahl an Morden und Entführungen zu beobachten ist und der Tourismus im Land in jüngerer Zeit zugenommen hatte, stand die Politik der „demokratischen Sicherheit“ in der Kritik, da die Menschenrechte in den Konfliktregionen massiv bedroht und eingeschränkt wurden und immer noch werden. Bei dem Konflikt um die ungerechte Landverteilung und die in der Vergangenheit häufige Zwangsenteignung zeichnet sich eine Lösung ab. Im Juni 2011 unterzeichnete Uribes Nachfolger, Präsident Santos, ein Gesetz, das eine Landumverteilung sowie Ausgleichszahlungen für Opfer von Menschenrechtsverbrechen vorsieht. Der Auslöser für die Gewalt und zentrale Ursache des Konflikts ist die weiterhin ungerechte Landverteilung. Schätzungen von Oxfam aus dem Jahr 2014 zufolge besitzen ca. ein Prozent der Bevölkerung gut 81 Prozent des Landes. Diese Ungerechtigkeit und das politische System, in dem sich die Parteien prioritär um die Großgrundbesitzer:innen und das Bürgertum kümmern und in dem keine Partei soziale Veränderungen anstrebt, sind Ursprung der Guerillabewegungen in Kolumbien, deren Ziel die soziale und ökonomische Verbesserung der Lage der Bevölkerung ist. Problematisch ist zudem der Umgang der Regierung mit (politischen und nicht-politischen) Gefangenen. Immer wieder werden seitens Menschenrechtsorganisationen Vorwürfe von Folter und ausgesprochen prekären Haftbedingungen angeführt.

Im Jahr 2002 erklärte der damalige Präsident die Verhandlungen zwischen der Regierung und der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, zu dt. Revolutionäre Streitkräfte Kolumbien) als offiziell gescheitert. Damit begannen eine groß angelegte Militäroffensive und die Rückkehr zur militärischen Lösung des Konflikts. Seit den 1990er Jahren ist die Zahl der FARC-Kämpfer:innen allerdings drastisch gesunken. Im November 2016 einigten sich die kolumbianische Regierung und die FARC-Rebell:innen nach vierjähriger Verhandlung auf einen neuen Friedensvertrag, der einen Monat später einstimmig im Kongress verabschiedet wurde. Die Entwaffnung und Re-Zivilisierung der Rebell:innen begann im Frühjahr 2017 und wurde im selben Jahr abgeschlossen. Auch auf eine Landreform wurde sich mit dem Vertrag geeinigt. Auf der anderen Seite stehen die Paramilitärs, ein zentraler Akteur in dem Konflikt, die sich dem Schutz der Großgrundbesitzer:innen verschrieben haben. Sie sind eng mit staatlichen Sicherheitskräften und dem politischen System verbunden. In den vergangenen Jahren gab es einen Demobilisierungsprozess, der tausende Paramilitärs erreichte. Seit 2017 führt die kolumbianische Regierung auch Friedensverhandlungen (mit Unterbrechungen) mit der noch aktiven Guerillaorganisation ELN – weitere Gewaltakteure sind allerdings nach wie vor aktiv und erhielten in den vergangenen Jahren sogar erneuten Auftrieb. Aktuell

befinden sich die ELN und die Regierung in erneuten Gesprächen zwecks eines Waffenstillstands (Stand November 2024).

In der Region herrscht eine allgemein angespannte politische Situation. Zu Beginn der vergangenen Dekade gab es einen regelrechten Rüstungswettlauf, im Zuge dessen sich besondere Rüstungskoperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland und zwischen Kolumbien und den USA herauskristallisierten. Zahlreiche Waffenlieferungen, insbesondere Großwaffensysteme in die Region, haben zu sicherheitspolitischen Verstimmungen zwischen den südamerikanischen Ländern geführt. Defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz bei den Waffenkäufen haben zudem in manchen Fällen zu großem Misstrauen geführt. Der Nachbar Brasilien verfügt über ein weit überlegenes militärisches Arsenal und verfolgt eine Politik der regionalen Führerschaft. Zwar ist Brasilien traditionell ein Vorreiter der regionalen Rüstungskoperation, doch haben die strategischen Rüstungskoperationen mit Ländern außerhalb der Region negative Auswirkungen auf die regionalen Kooperationsanstrengungen. Dabei erscheint ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Region zum gegenwärtigen Zeitpunkt recht unwahrscheinlich, ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen. Zwischenfälle an Grenzregionen haben auf die angespannte Lage aufmerksam gemacht und einige ungelöste Grenzfragen bergen weiterhin Risiken. Venezuela und Kolumbien haben traditionell schlechte Beziehungen. Hierzu beigetragen hatten in der Vergangenheit immer wieder Funde von Waffen bei FARC-Rebell:innen, die nachweislich aus Venezuela kamen.

Mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 6.870 US-Dollar (Atlas Methode; Stand 2023) zählt Kolumbien zu den „upper-middle-income economies“. Kolumbien verzeichnete 2021 und 2022 ein sehr hohes Wirtschaftswachstum, das 2023 wieder einbrach (von 7,3 auf 0,6 %), nachdem die Wirtschaft bereits 2020 deutlich eingebrochen war (-7,2 %). Die (zunehmend diversifizierte) Wirtschaft beruht wesentlich noch immer auf dem Export von Rohstoffen, allen voran Öl (welches 23 % des Gesamtexports ausmacht) und Kohle (10 %), aber auch Gold (5,8 %) oder Kaffee (5,7 %). Geringe Exporterlöse werden auch über Dienstleistungen im Informations- & Kommunikationsbereich (7 %) und dem Tourismus (5 %) erwirtschaftet. Kolumbien gehört mit einem HDI-Wert von 0,758 zur HDI-Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. In Bezug auf die Erreichung der Sustainable Development Goals liegt Kolumbien im Mittelfeld (Platz 74 von 167). Kolumbiens Militärausgaben liegen mit 3,1 % des BIP recht hoch; die Gesundheitsausgaben (9% des BIP; Stand 2020) liegen deutlich, die Bildungsausgaben (3,9 %; Stand 2020) jedoch nur leicht darüber.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Ersatzteile für Sonaranlagen: 98,7%	0,51
2000	Teile für U-Boote: 84,1%	3,01
2001	Teile für U-Boote: 99,0%	8,93
2002	Teile für U-Boote	3,00
2003	Teile für U-Boote, Korvetten und Sonaranlagen: 50,8%; Stromversorgungseinrichtungen für U-Boote: 49,2%	2,99
2004	Teile für U-Boote, Korvetten, Tender und Unterwasserortungsgeräte: 56,6%; Sensoren für Flugkörperwarnsysteme und Teile für Unterwasser-Telefonanlagen: 31,1%	1,97
2005	Teile für U-Boote und Sonaranlagen: 75,6%	4,01
2006	Teile für Korvetten, U-Boote und Sonaranlagen: 95,0%	3,98
2007	Teile für U-Boote und Überwasserschiffe: 59,5%; Laserentfernungsmesser und Ziellinien-Prüfgerätesätze: 29,9%	3,42
2008	Teile für U-Boote und Patrouillenboote: 93,0%	18,57
2009	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 90,6%	68,94
2010	Teile für U-Boote und Marineversorger: 82,3%	5,06
2011	Patrouillenboot und Teile für U-Boote, Patrouillenboote: 93,45%	15,89
2012	Patrouillenboot (Materialpaket) und Teile für U-Boote, Fregatten: 79,6 % Kommunikationsausrüstung, Radarausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen: 19,6 %	34,68
2013	Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 31% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Prüfausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Lenkausrüstung, Navigationsausrüstung: 27% U-Boote und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte: 21,9% Torpedos und Teile für Torpedos: 7,4%	50,29

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2014	Freund-Feind-Kennungssystem, Kommunikationsausrüstung, Funküberwachungs- und Ortungssystem und Teile für Freund-Feind-Kennungssystem, Kommunikationsausrüstung, Funküberwachungs- und Ortungssystem, Stromversorgungen: 71,7% Teile für U-Boote: 14,0%	4,41
2015	U-Boote, Patrouillenboot (Materialpaket) und Teile für U-Boote, Echolotanlagen: 97,8%	88,52
2016	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 59,2% Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen: 28,5%	2,87
2017	Sekundärradarsysteme, Kommunikationsausrüstung und Teile für Sekundärradarsysteme, Kommunikationsausrüstung: 49,7% Technologie zur Herstellung von beschussfesten Laminaten: 27,6% Zielentfernungsmesssysteme: 17,7%	0,73
2018	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 77,7% Teile für U-Boote: 12,0%	1,04
2019	Teile für Feuerleiteinrichtungen: 64,2% Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 16,2%	1,09
2020	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 83,2%	6,57
2021	Teile für Feuerleiteinrichtungen und Zielentfernungsmesssysteme: 49,0% Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 36,9%	4,59
2022	Teile für Unterwasserortungsgeräte: 98,4%	0,94
2023	Landhilfesystem für Forschungsschiff: 66,5% Software für Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 27,2%	0,37
2024	Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Baugruppen: 38,1% Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 36,7% Teile für Feuerleiteinrichtungen: 15,0%	1,04

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

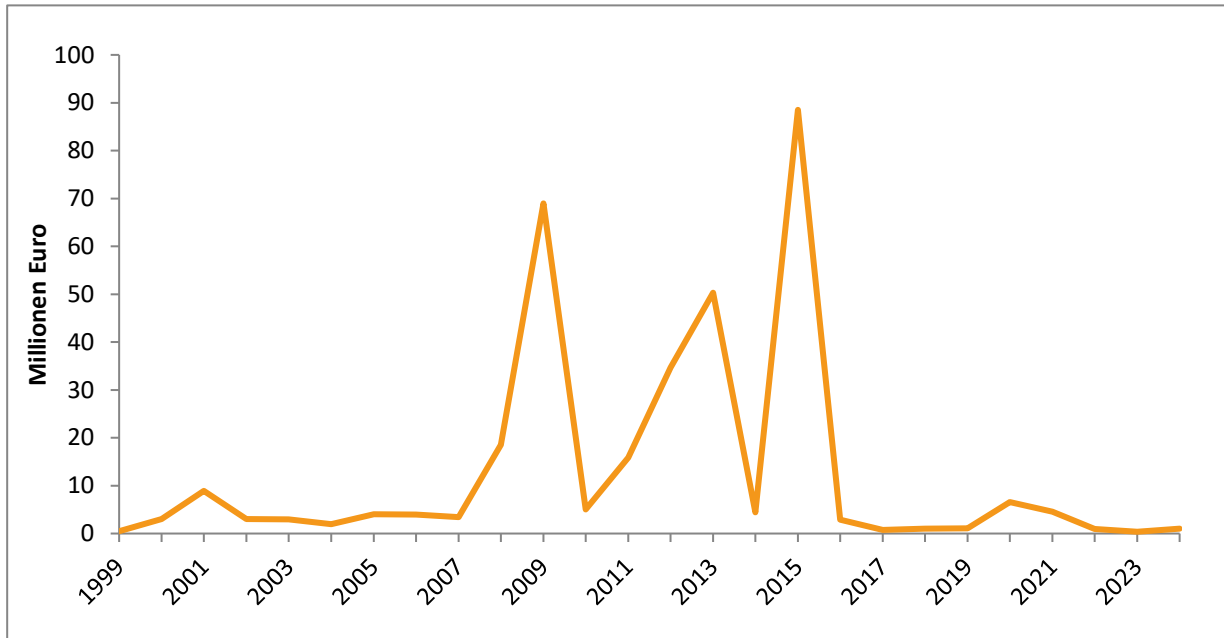
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Kolumbien 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffen-kategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
(1)	BK-117	Leichter Hub-schrauber	(2003)	2003	(1)	Neuwertig
1	OPV-80	Patrouillenboot	(2008)	2012	1	Neuwertig
1	CPV-40	Patrouillenboot	2009	2011	1	Neuwertig
16	MTU-1163	Dieselmotor	(2009)	2012-2014	(16)	neuwertig
1	OPV-80	Patrouillenboot	2011	2014	1	Neuwertig
1	OPV-80	Patrouillenboot	2011	2017	1	Neuwertig
(30)	DM-2A3 See-hecht	Torpedo zur U-Boot-Abwehr	2012	2012	(30)	Gebraucht
2	Type-206A	U-Boot	2012	2015	2	Gebraucht, moder-nisiert

Anzahl	Bezeichnung	Waffen-kategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
1	ATR-42	Transportflugzeug	2014	2015	1	Gebraucht

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutsche Rüstungsexporte spielen bei der militärischen Ausstattung des Landes nur eine kleine Rolle. In den 2010er Jahren lieferte Deutschland allerdings unter anderem Patrouillenboote und U-Boote nach Kolumbien. Bei den beiden Type-206A U-Booten handelte es sich um gebrauchte U-Boote der Bundesmarine, die im Jahr 2015 geliefert wurden. Für eine umfassende Modernisierung lieferte Deutschland zudem Materialpakete, sodass die staatliche Werft COTECMAR die Modernisierung vor Ort durchführen konnte. Neben der umfassenden Modernisierung umfasste das Verhandlungspaket auch Ersatzteile, Trainingsmaßnahmen, Unterstützung bei der Instandhaltung sowie 30 Seehecht Torpedos. Im Jahr 2009 einigte sich die kolumbianische Regierung mit ThyssenKrupp Marine Systems auch auf die Modernisierung von zwei U-Booten der Klasse 209/1200, welche bereits 1975 an Kolumbien geliefert wurden. Im Dezember 2011 hat Kolumbien außerdem zwei Patrouillenboote vom Typ OPV-80 der deutschen Firma Fassmer geordert. Die Schiffe wurden 2012 in der kolumbianischen Werft Cartagena in Lizenz gefertigt. 2011 hatte Kolumbien bereits ein neuwertiges CPV-40 Patrouillenboot erhalten. Im Jahr 2015 lieferte Deutschland zudem ein gebrauchtes Transportflugzeug vom Typ ATR-42. Zwischen 2012 und 2014 lieferte Deutschland außerdem insgesamt 16 Dieselmotoren zur Modernisierung von vier FS-1500 Fregatten (Padilla).

2020 genehmigte die deutsche Bundesregierung die Ausfuhr von Teilen für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte im Wert von 6.565.598 Euro. Ein Export von Teilen für U-Boote wurde zuvor auch 2018 genehmigt. Im Jahr 2022 wurden drei Exportgenehmigungen nach Kolumbien erteilt. Diese beinhalteten Teile für Unterwasserortungsgeräte im Wert von 940.000 Euro. 2023 umfassten die ausgeführten Rüstungsgüter nach Kolumbien einen Gesamtwert von 366.380 Euro und umfassten ein Landesystem für ein Forschungsschiff und Software für Systeme zur Flugabwehr.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Kolumbien 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	80	45	50	3	19	196

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

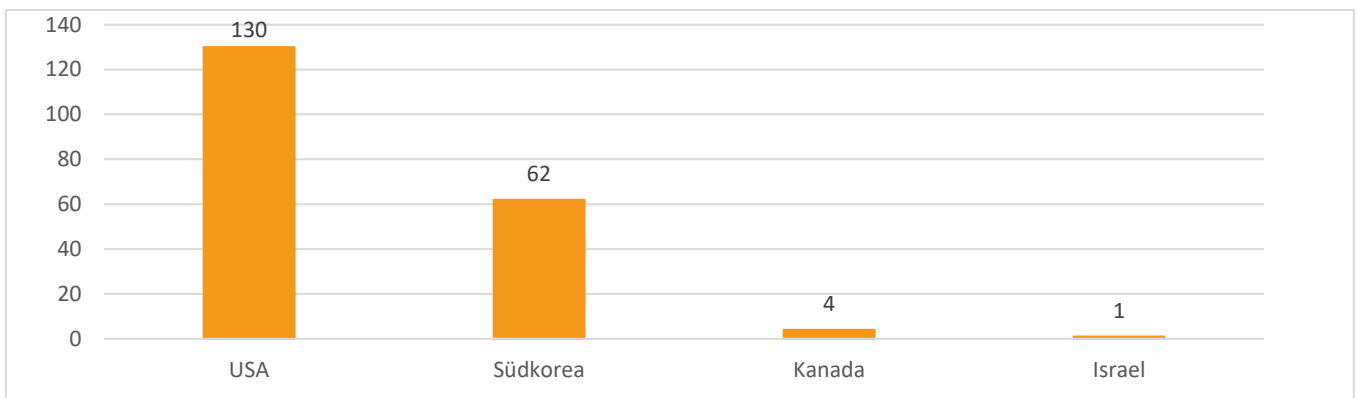
Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Kolumbien 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	-	-	-	-	-

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2025) nahm Kolumbien 2020-2024 die 65. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

Größter Waffenlieferant der letzten Jahre sind mit Abstand die USA (mit 66 % aller Lieferungen), die im Rahmen des „Plan Colombia“ umfangreiche Finanzmittel für Ausbildung und Beschaffung zur Verfügung stellen. Zum Zweck der Bekämpfung des Drogenanbaus und -schmuggels sowie zur Aufstandsbekämpfung lieferten die USA insb. eine Vielzahl von Luftfahrzeugen. So bestellte Kolumbien im Jahr 2020 vermutlich fünf gebrauchte Hubschrauber des Typs UH-1H – zusätzlich zu einer früheren Bestellung aus dem Jahr 2011, bei der bereits zehn Exemplare (neuwertig) geordert worden waren. Bis 2021 wurden alle Exemplare geliefert. Seit 2011 erhielt Kolumbien zudem 84 gebrauchte Bell-206 Transporthubschrauber (teilweise als Schenkung und teilweise als Trainingsgeräte), von denen die letzten in 2019 geliefert wurden. Die USA lieferten in den vergangenen Jahren außerdem zehn gebrauchte und 22 neuwertige SH-70 Black Hawk Transporthubschrauber sowie fünf neuwertige Bell-412

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Helikopter, von denen das letzte Exemplar 2022 geliefert wurde. Neben Hubschraubern liefern die USA auch verschiedenste Flugzeugtypen an Kolumbien: seit 2011 etwa zwei neuwertige King Air-350i (Lieferung des letzten in 2021) sowie je eine King Air 350 (als Signalaufklärungsflugzeug) und eine King Air C-90GTx, schätzungsweise vier neuwertige Cessna-208 Caravan und zehn Cessna-172 (Lieferung der letzten Exemplare in 2024). Außerdem erhielt Kolumbien seither 24 von 25 geordneten Legacy-Trainingsflugzeugen und bisher sieben von zehn geordneten T-6 Texan-2 (bewaffnete Trainingsflugzeuge; letzte Lieferung in 2023). Seit 2020 wurden außerdem drei gebrauchte C-130H Transportflugzeuge sowie zwei gebrauchte Boeing-737NG geliefert. Von den Boeing-Flugzeugen hatte Kolumbien bereits 2013 zwei gebrauchte Exemplare erhalten. Des Weiteren wurden seit 2011 einige Luftraumüberwachungs- sowie Seepatrouillenradare, tragbare Boden-Luft-Raketen (Stinger, 60 Stück), Antipanzerraketen (BGM71 TOW, 100 Stück), Lenkbomben (Paveway, 80 Stück) und neun Drohnen geliefert. Letztere umfassen sechs neuwertige ScanEagle (im Jahr 2013) und drei gebrauchte V-BAT-128 im Jahr 2024 (als Schenkung). Eine bemerkenswerte Schenkung seitens der USA war zudem eine im Jahr 2020 beschlossene Übergabe von 200 gebrauchten gepanzerten Mannschaftstransportern vom Typ M-1117 Guardian, die bis 2024 abgeschlossen wurde. Zuvor hatte Kolumbien bereits zwischen 2013 und 2016 30 Exemplare hiervon (neuwertig) erhalten.

Zweitwichtiger Rüstungslieferant für Kolumbien ist Südkorea (mit 31 % der Lieferungen). Von dort bezog die Marine Kolumbiens 2014 eine gebrauchte südkoreanische Korvette der Donghae-Klasse und 2015 zwei neuwertige STX-250t Patrouillenboote. 2020 stiftete Südkorea zudem eine gebrauchte Po Hang Korvette. 2019 bestellte Kolumbien vier gebrauchte C-STAR Schiffsabwehr-Raketensysteme aus Südkorea, welche 2020 geliefert wurden und wahrscheinlich für die Po Hang Korvetten vorgesehen sind.

Ebenfalls ein wichtiger Partnerstaat für Kolumbien ist bzw. war Israel. In den vergangenen Jahren hat Israel insb. Drohnen sowie eine Reihe verschiedener Radar- und anderer Aufklärungssysteme, verschiedene Raketen und Bomben sowie ein paar gepanzerte Mannschaftstransporter (acht neuwertige SandCat im Jahr 2014) geliefert. So importierte Kolumbien 2013 bis 2014 drei Hermes-450 und eine Hermes-900 Drohne. 2017 wurden darüber hinaus zwei gebrauchte IAI Kfir TC-2 Kampfflugzeuge von Israel gekauft. 2020 erhielt Kolumbien 15 Panzerabwehrraketen aus Israel und platzierte 2022 eine Bestellung über wahrscheinlich insgesamt 132 tragbarer Boden-Luft-Raketen der Typen Barak (Barak-LRAD, Barak-MRAD, Barak-MX). 2023 bestellte Kolumbien noch 18 Selbstfahrlaffetten Typ ATMOS-2000 155mm aus Israel. Mit den Anschlägen der Hamas auf Israel am 07. Oktober 2023 und einer Kritik der israelischen Kriegsführung im Gazastreifen durch Kolumbien legte die israelische Regierung noch offene Verteidigungsgeschäfte jedoch auf Eis, sodass seither keine Lieferungen oder Bestellungen von SIPRI mehr verzeichnet wurden.

Aus Kanada erhielt Kolumbien 2021-2023 sieben von wahrscheinlich zehn geordneten Flugzeugmotoren und orderte 2022 55 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ LAV-3, die bisher noch nicht geliefert wurden. Im Jahr 2013 hatte Kolumbien aber bereits 32 Exemplare des gleichen Modells sowie bereits vier Flugzeugmotoren aus Kanada erhalten. Zur Lieferung steht derzeit noch ein HMS-510 Sonargerät aus.

Weitere Lieferanten waren in der Vergangenheit das Vereinigte Königreich und Portugal. Das Vereinigte Königreich lieferte 2017 bis 2018 18 gezogene Geschütze; Portugal exportierte 2018 zwei gebrauchte AS365/AS565 Hubschrauber nach Kolumbien.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

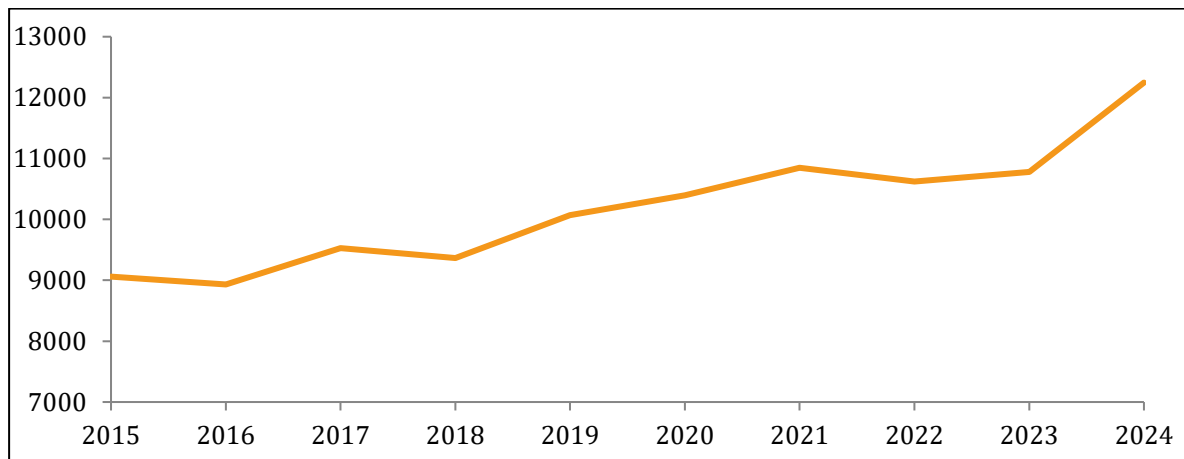
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	10394	10846	10622	10779	12246
Anteil am BIP (in Prozent)	3,5	3,2	2,8	3,0	3,4
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	10,5	9,3	8,2	8,5	10,1

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

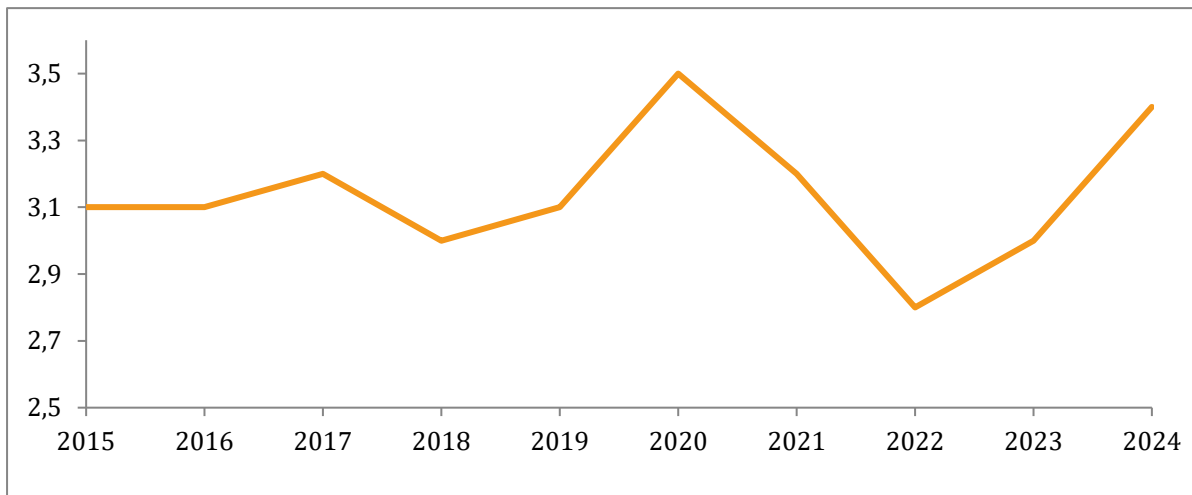
Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Kolumbien hat eine kleine Rüstungsindustrie, die weitestgehend staatlich kontrolliert wird und alle Domänen umfasst. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich Indumil (Industria Militar) als staatlicher Produzent und produziert seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition. Kurz darauf wurde bereits eine zweite Fabrik gebaut, die für die Produktion schwerer Munition und Artillerieausrüstung ausgelegt ist. In den 1980er Jahren begann die bis 2023 andauernde Rüstungskoooperation mit Israel. In der Zeit erhielt Indumil eine Lizenz zur Produktion der israelischen Galil Gewehre, welche heute die Standardwaffen der kolumbianischen Armee sind. Das Unternehmen hat seine Produktionskapazitäten in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut. In den 1970er Jahren hat Indumil eine Lizenz zur Herstellung des G3 Gewehres erhalten, was lange Zeit zur Standardbewaffnung der Armee diente. Dazu erhielt der staatliche Konzern auch Spezialmaschinen der Firmen Heckler & Koch und Fritz-Werner. Selbst 2007 wurden bei einer Razzia der Polizei noch G3 Gewehre sichergestellt. Zwar werden heute allem Anschein nach keine G3 Gewehre mehr in dem Land produziert, Indumil besitzt jedoch weiter die Kenntnisse und technischen Voraussetzungen, diese Gewehre zu reparieren und Instand zu halten. Heute hält Indumil das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen Galil Gewehr und Munition (NATO Standardkaliber 5,56 mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des *Gali* Gewehres erheblich erweitert werden. Neben der Selbstversorgung des kolumbianischen Militärs durch die eigene Industrie ist es durch die Produktionssteigerung gelungen, diese sogar zurück nach Israel sowie in südamerikanische Staaten zu exportieren. Indumil produziert darüber hinaus das 7,62 mm Scharfschützengewehr Galil in Lizenz und etwa 30 Millionen Stück Munition pro Jahr. Jüngst sollten die Standardgewehre mit dem

aktuelleren Modell Galil ACE ersetzt werden. Aufgrund einer Nicht-Verurteilung der Hamas sowie Kritik an der israelischen Kriegsführung im Gazastreifen in dem seit dem 7. Oktober 2023 eskalierten erneuten Konflikt, stellte Israel die Verteidigungskooperation mit Kolumbien noch im Oktober 2023 ein. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen dürfte neben den genannten Lizenzen auch eine Reihe weiterer geplanter Vorhaben und Käufe betreffen. Darüber hinaus produziert Indumil auch für den zivilen Gebrauch zahlreiche weitere Kleinwaffen.

Während die kolumbianische Rüstungsindustrie im Klein- und Leichtwaffenbereich weitgehende Unabhängigkeit erreichen konnte, ist das Militär im Bereich der Großwaffensysteme weiterhin auf zusätzliche Importe angewiesen. Nichtsdestotrotz ist die kolumbianische Rüstungsindustrie heute in allen Bereichen aktiv und Teil von zahlreichen F&E (Forschung und Entwicklung) Programmen, neben (bis zuletzt) Israel beispielsweise mit Brasilien, Südkorea und Spanien. Im Zuge der Ambitionen zum Ausbau der inländischen Rüstungsindustrie wurde Ende 2012 auch das staatliche Unternehmen CODALTEC (Corporación de Alta Tecnología para la Defensa) gegründet, das heute u. a. an der Entwicklung eines Luftverteidigungssystems arbeitet, das auch regional exportiert werden soll. Der staatliche Schiffsbauer COTECMAR (Corporación de Ciencia y Tecnología para el Desarrollo de la Industria Naval Marítima y Fluvial) bedient darüber hinaus nicht nur den kolumbianischen Markt, sondern exportiert mittlerweile Schiffe an Länder der Region sowie an internationale Partner wie die niederländische Marine. COTECMAR hat bereits auch die einheimische Marine mit zahlreichen Transportschiffen und Hochseepatrouillenbooten ausgestattet. Gleichzeitig verkaufte COTECMAR in jüngerer Zeit Schnellboote an die Marine Honduras sowie Patrouillenboote an die brasilianischen Streitkräfte. COTECMAR kooperiert darüber hinaus mit dem südkoreanischen Schiffsbauer STX in der Produktion von Küstenwachschiffen; Ende 2019 wurde angekündigt, dass COTECMAR mit der niederländischen Damen Shipyards Group in der Entwicklung eines ozeanografischen Schiffes zusammenarbeiten wird. Damit hebt sich Kolumbien im Bereich der Schifffahrtsindustrie von vielen anderen Ländern in der Region ab, deren Schifffahrtsindustrien in der Regel hauptsächlich für lokale Marinen produzieren.

Ferner hat in den letzten Jahren das staatliche Luftfahrtunternehmen CIAC (Corporación de la Industria Aeronáutica Colombiana) verstärkt die Entwicklung und Produktion von Drohnen vorangetrieben. Diese zielen ebenfalls einerseits auf den inländischen Markt, andererseits auf den Export, insbesondere in Länder Zentral- und Südamerikas, ab. Dafür hat CIAC 2016 bereits angekündigt, sich mit Airbus zusammenzutun und gemeinsam den Prototyp einer auf dem spanischen Model Atlante beruhenden Drohne zu entwickeln und zu produzieren. Das Projekt basiert auf einem Abkommen der kolumbianischen und der spanischen Regierung. 70 Prozent der Entwicklung sollen von Airbus übernommen werden, 70 Prozent der Produktion hingegen in Kolumbien geschehen. Daneben arbeitet CIAC an der Entwicklung und Produktion eigener Drohnen (Typ Coelum und Typ Quimbaya). Die Coelum Drohne, die der Luftaufklärung dienen soll, ist im Oktober 2020 sowie im Februar und im März 2021 erfolgreiche Testflüge geflogen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja, 18 Monate (nur Männer; Altersgrenze von 24 Jahren)

Box 1**Gesamtstärke der Streitkräfte**

269.000 aktiv, davon:

Heer: 195.400

Marine: 58.000

Luftwaffe: 15.600

Reserve: 34.950

Paramilitärische Einheiten: 165.050

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6**Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024**

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	293,2	293,2	293,2	293,2	293,2	256	256	257,4	269
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	6,2	6,1	6	5,9	5,8	5	4,9	4,9	5,1

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen extremistische Gruppen ausgelegt. Über mehr als zwei Jahrzehnte hat die Zahl der Soldat:innen stetig zugenommen, 2016 wurde sie jedoch auf 293.200 und im Jahr 2021 auf 256.000 aktive Soldat:innen reduziert. Im Jahr 2024 mussten die Gesamtstreitkräfte allerdings wieder um 11.550 Personen erhöht werden. So wurde das Heer um 8.000 Personen, die Marine um 1.600 und die Luftwaffe um 1.950 Personen verstärkt

Dem Heer kommt bei der Bewahrung der inneren Sicherheit und der Bekämpfung von Rebell:innen- und Guerillagruppen die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es außerdem eine Anti-Drogen-Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde. Hinzu kommt eine Spezialeinheit, die besonders auf Entführungen spezialisiert ist – ein Problem, das in Kolumbien weit verbreitet ist. Die kolumbianischen Streitkräfte haben in großem Maße von der US-amerikanischen Unterstützung im Rahmen des „Plan Colombia“ profitiert. Neben den materiellen Zuwendungen seitens der USA ist die militärische Ausbildung der kolumbianischen Streitkräfte ein zentraler Bestandteil der US-Unterstützung. Insbesondere Spezialeinheiten werden von US-Soldat:innen im Kampf gegen Terrorismus und Drogenschmuggel geschult. Doch auch mit Argentinien, Chile und Peru bestehen militärische Beziehungen und mit Brasilien eine verstärkte Zusammenarbeit bei Grenzkontrollen hinsichtlich der sicherheitspolitischen Herausforderungen, die von Venezuela ausgehen. 2017 wurde Kolumbien zudem ein

globaler Partner der NATO. Wie auch in anderen Ländern Südamerikas profitieren die Streitkräfte in Kolumbien auch von zusätzlichen Geldern, die häufig aus der lokalen Verwaltung kommen oder aus eigenen Sicherheitsdienstleistungen generiert werden.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schützenpanzer	60	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	112	
Aufklärer	121	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	3	
Transportflugzeuge	21	
Mehrzweckhubschrauber	19	
Transporthubschrauber	89	
Artillerie	1.808	Davon 1.688 Mörser
Panzerabwehr	150	Zusätzlich tragbare Panzerabwehr- lenkwaffensysteme TOW, Spike-ER
Luftabwehr	4	M1A1

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Das Heer hat in besonderem Maße vom „Plan Colombia“ und den damit verbundenen Waffentransfers aus den USA profitiert. Dennoch ist das Heer mit völlig veraltetem Gerät, wie beispielsweise bis zu 50 Jahre alten Artilleriegeschützen, ausgestattet. Als im Jahr 2000 der „Plan Colombia“ massiv auf die Drogenbekämpfung ausgeweitet wurde, profitierte teilweise auch das Heer von der Lieferung von 60 Hubschraubern. Außerdem befinden sich russische Helikopter im Arsenal des kolumbianischen Heeres, die 2008 gekauft wurden und die Mobilität der Streitkräfte, insbesondere in Waldgebieten, erhöhen sollen. Dringend benötigt wurden die Helikopter zum Transport schweren Kriegsmaterials, wie beispielsweise von Artilleriegeschützen. Damit besitzt das Heer aktuell insgesamt 46 US-amerikanische UH-60L und sieben S-70i Black Hawk sowie 36 leichte Helikopter. Im Rahmen des allgemeinen Modernisierungsprogramms haben die Streitkräfte ebenfalls 22 105mm Artilleriegeschütze bekommen, um völlig veraltete Geschütze auszutauschen. Außerdem hat Kolumbien zwischen 2013 und 2016 das Heer mit insgesamt 30 neuen US-amerikanischen gepanzerten Mannschaftstransportern vom Typ M1117 ausgestattet. Seit 2021 werden zudem 200 gebrauchte

Modelle des gleichen Typs eingeführt. Insgesamt wurden bisher 176 Stück als gepanzerte Mehrzweckfahrzeuge im Heer eingeführt.

Allgemein lässt sich in der gesamten Region (Ecuador, Kolumbien, Brasilien) eine Modernisierung und Aufrüstung der Streitkräfte beobachten.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	4	Zwei T-209/1200 und zwei T-206A
Patrouillenboote	58	
Davon Korvetten	6	
Amphibienfahrzeuge	16	
Logistik und Unterstützung	7	

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Küstenwache:

16 Patrouillenboote

1 Logistik- und Unterstützungsboot

Marineflieger:

1 Aufklärungsflugzeug

3 Seefernaufklärer

16 Transportflugzeuge

9 Mehrzweckhubschrauber

8 leichte Transporthubschrauber

2 Such- und Rettungshubschrauber

Marineinfanterie:

Einige gepanzerte Mannschaftstransporter

82 Artilleriegeschütze

Einige Mistral Luftabwehrraketen

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Die Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, kommen den vier (ehemals deutschen) U-Booten bei der Bekämpfung des Schmuggels besondere Bedeutungen zu. Im Zuge des allgemeinen Modernisierungsprogramms wurden die T-209/1200 U-Boote mit neuen Motoren ausgestattet. Dazu wurde Ende 2008 auch ein Vertrag mit der deutschen HDW zur Modernisierung und Wartung der U-Boote geschlossen. Im Jahr 2015 konnte die Marine zwei ausgemusterte deutsche diesel-elektrische U-Boote der Klasse T206A in Empfang nehmen und in Dienst stellen. Doch auch viele der anderen Schiffe sind in eher schlechtem Zustand bzw. überaltert. Deswegen hat die kolumbianische Marine in den letzten Jahren entsprechende Rüstungsgüter importiert. 2014 importierte Kolumbien bspw. eine gebrauchte südkoreanische Donghae-Korvette und 2015 zwei neuwertige STX-250t Patrouillenboote. 2020 hat Südkorea Kolumbien zudem eine ausgemusterte Po Hang Korvette gestiftet. Im Zuge allgemeiner Modernisierungsprogramme und vor dem Hintergrund der veralteten Ausrüstung der Marine hat die Regierung die Anschaffung von weiteren (Küsten-)Patrouillenbooten sowie (Küsten-)Patrouillenflugzeugen initiiert. Bereits zwischen 2012 und 2017 hat Kolumbien zudem mehrere deutsche Hochseepatrouillenboote in Lizenz produziert. Aktuell läuft auch bspw. ein Projekt mit der niederländischen Damen Shipyard zur Entwicklung und dem Bau von fünf Fregatten für die kolumbianischen Streitkräfte.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	20	
Erdkampfflugzeuge	6	
Aufklärer	11	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	11	
Ausbildungsflugzeuge	65	Davon 36 kampffähig
Transportflugzeuge	71	Davon 12 Passagierflugzeuge
Tank- und Transportflugzeuge	1	
Ausbildungshubschrauber	60	
Mehrzweckhubschrauber	18	
Transporthubschrauber	48	Davon 2 VIP-Hubschrauber
Drohnen	8	<i>Hermes 450/900</i>
Raketen	Einige	Python III/IV/V; I-Derby ER

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

In den vergangenen Jahren kam es bei der Luftwaffe zu einer umfangreichen Modernisierung und Neuanschaffungen. Im Jahr 2005 bestellte die Luftwaffe 25 A-29 *Super Tucano*, wovon 24 bis heute als bewaffnete Trainingsflugzeuge im Einsatz sind. Im Juni 2009 wurde der Vertrag über die Lieferung von Kfir Kampfflugzeugen zwischen Kolumbien und Israel besiegelt. Bereits im Jahr 2007 gewann die israelische Verteidigungsindustrie die Ausschreibung über den 150 Millionen US-Dollar Auftrag, die bereits eingesetzten Kfir zu modernisieren und ebenfalls neue Flugzeuge zu liefern. Stand 2025 befinden sich 20 Stück hiervon im Bestand der Luftwaffe, zwei weniger als noch im Vorjahr. Kolumbien plant derzeit, die Kfir zu ersetzen. Seit dem diplomatischen Bruch mit Israel in Folge des aktuellen Gaza-Krieges besteht zudem die Möglichkeit, dass der Wartungsvertrag mit Israel, welcher Ende 2024 ausläuft, nicht mehr verlängert wird, sodass schnell Ersatz gefunden werden muss. In der engeren Auswahl stehen derzeit offenbar (Stand: 2025) schwedische Gripen und US-amerikanische F-16, nachdem Vertragsverhandlungen mit Dassault 2022 scheiterten.

Aus den USA hat die kolumbianische Luftwaffe in den letzten Jahren etliche Fluggeräte als Schenkung erhalten, darunter einige Hubschrauber und Transportflugzeuge. Weitere Lieferungen stehen aus. 2023 wurde bspw. bekannt, dass Kolumbien plant, ihre Ausbildungsflugzeugflotte (u.a. T-6C Texan) um vier Stück zu erweitern – insgesamt sollen 24 Stück angeschafft werden. Auch weitere im Kommentar zu den [Waffenkäufen](#) genannten Anschaffungen und die bereits im Bestand befindlichen hohen Anteile an transportfähigen Geräten verdeutlichen die klare Ausrichtung der Luftwaffe auf eine größtmögliche Mobilität und Einsatzfähigkeit in nur schwer zugänglichen Regionen. Mittlerweile befinden sich auch acht israelische Hermes 450 bzw. Hermes 900 Aufklärungsdrohnen im Einsatz der kolumbianischen Luftwaffe. 2023 wurde zudem ein Raumfahrtkontrollzentrum eröffnet und ein Erdbeobachtungssatellit gestartet.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

National Police Force:

5 Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung

41 Transportflugzeuge

5 Mehrzweckhubschrauber

83 Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Military Balance listet die Nationale Polizei als paramilitärische Einheit – in der Tat ist diese auch paramilitärisch organisiert. Sie untersteht zudem direkt dem Verteidigungsministerium. Mehr Infos finden sich daher im entsprechenden Kapitel ([Polizei und andere Sicherheitskräfte](#)).

Box 4***Peacekeeping****Ägypten (MFO): 275 Soldat:innen**Libanon (UNIFIL): 1 Soldat:in**Westsahara (MINURSO): 2 Soldat:innen**Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 2 Soldat:innen**Quelle: IISS Military Balance 2025***Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft**

Auch wenn Kolumbien stellenweise als die stabilste Demokratie in der Region bezeichnet wurde, ist das Land seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Während das Militär einerseits ein stabiles politisches System garantiert, loyal ist und dadurch als Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes fungiert, ist es andererseits in politische Gewalt involviert, die das Land weiterhin prägt. Dem Militär wurde häufig vorgeworfen, das schlechteste Menschenrechtsverhalten in der Welt zu haben. Problematisch wurde die Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft bereits zu Beginn der 1990er Jahre, als das Militär in einem „totalen Krieg“ gegen die Aufständischen und deren Unterstützer:innen eingesetzt wurde. Fortan war jeder verdächtigt und besonders Gewerkschaften, Oppositionsparteien, Bauernbewegungen oder religiöse Bewegungen wurden zum Ziel militärischer Operationen, aufgrund der Annahme, sie unterstützten die Guerillabewegung. Entgegen diesen Entwicklungen genoss das Militär in Umfragen zu Beginn des neuen Jahrhunderts viel Vertrauen innerhalb der Bevölkerung. Zwischen 2002 und 2008 kam es allerdings zu den sogenannten „Falsos Positivos“, einer Vielzahl durch Armeeangehörige verübte wahllose Hinrichtungen von Zivilist:innen um Erfolgsprämien im Kampf gegen Guerillakämpfer:innen zu erhalten. Dass die Bevölkerung das Militär zu Beginn der 2000er Jahre auf einer Vertrauensskala auf Platz zwei hinter der Kirche setzte, hängt mit damaligen Erfolgen im Kampf gegen die Guerillas sowie den Entlassungen von zahlreichen, als korrupt geltenden, führenden Militärs zusammen – der „Falsos-Positivos-Skandal“ wurde erst ab 2008 bekannt. Derzeit (Stand: 2023) ist das Vertrauen in die Streitkräfte laut Daten des Latinobarometers mittelmäßig. Während 50 % der Befragten wenig bis kein Vertrauen in die Streitkräfte haben, geben 48,5 % an, etwas bis viel Vertrauen in die Streitkräfte zu haben. Grundsätzlich ist in den letzten 15 Jahren ein (gemäßigter) Abwärtstrend zu beobachten, der sich seit dem Friedensschluss mit den FARC-Rebell:innen (2017) deutlicher abzuzeichnen scheint.

Für viele Bewohner:innen, insbesondere von ländlichen Bevölkerungsgruppen, ist das Militär zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden. Während sich die Operationsgebiete der Sicherheitskräfte und Guerillas stetig ausdehnten und immer mehr überschnitten, sahen sich viele indigene Bevölkerungsgruppen in ihren Möglichkeiten, ihr Leben geregelt zu gestalten, massiv eingeschränkt. Nicht nur indigene Anführer:innen sind in den vergangenen Jahren Opfer des Krieges geworden. Kolumbien zählte lange Jahre die meisten politischen Morde von sozialen Aktivist:innen und Gewerkschaftler:innen weltweit. Im Jahre 2016 ist die Mordrate um 4 Prozent gesunken. Insgesamt wurden rund 12.200 Tötungsdelikte

verzeichnet – die niedrigste Rate seit 1974. 2024 lag die Mordrate bei 25,4. Zum Vergleich: 1991 lag sie noch bei 85; in Deutschland liegt sie seit Jahren bei 1.

Im politischen System ist das Militär nur bedingt verfassungsgemäß verankert. Zwar sieht die Verfassung nicht explizit vor, dass ein:e Angehörige:r des Militärs den Posten des:der Verteidigungsminister:in bekleiden muss, doch war dies lange Zeit die Norm. Entgegen anderen Minister:innen kann der:die Verteidigungsminister:in nur auf explizite Anordnung des:der Präsident:in das Amt verlieren und ist dadurch nicht an den normalen Turnus der Kabinetts-umbildung gebunden. Der militärische Einfluss auf die Politik ist jedoch durch besondere konstitutionelle und legislative Kontrollmechanismen sehr begrenzt. Hinzukommt, dass hochrangige Militärs häufig nicht der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes angehören, sondern aus der Mittelschicht des Landes rekrutiert werden. Infolgedessen ist das Militär einer zivilen Aufsicht untergeordnet. Die starke zivile Aufsicht und das politische Interesse an einer zivilen Kontrolle des Militärs beziehungsweise an der Begrenzung seiner politischen Macht wurden bspw. 1965, 1969 und 1984 deutlich, als die jeweiligen Präsidenten Militärangehörige aus dem Dienst entließen, weil sie öffentlich die zivile Autorität gegenüber dem Militär angegriffen haben. Daraus wird ersichtlich, dass das Militär einerseits für die innere Sicherheit und die Bekämpfung der Guerillabewegung verantwortlich ist, andererseits jedoch als Garant für die Stabilität des Landes und des politischen Systems angesehen wird und in Teilen der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießt.

Erstmals seit den landesweiten Protesten gegen die Regierung aus dem November 2019 hielten seit April 2021 Proteste im Land an, die ursprünglich ausgelöst wurden durch Steuerreformpläne der Regierung, welche allerdings in Folge auf die Protestwelle wieder verworfen wurden. Infolgedessen richteten sich die Proteste vor allem gegen die vorherrschende Polizeigewalt, Armut und Kolumbiens Gesundheitskrise. Ende Mai 2021 hat der damalige Präsident Iván Duque als Reaktion das Militär in die Stadt Cali entsandt, die als Epizentrum der Proteste galt. Dutzende Menschen starben allein am 28. Mai im Rahmen der Proteste und der Polizei- und Militärintervention in Cali. Duque kündigte außerdem an, ein „Maximum militärischer Unterstützung“ für die Polizei in andere Teile des Landes zu entsenden. Das Militär wurde außerdem dafür eingesetzt, Straßenblockaden aufzulösen, die zu Brennstoff- und Lebensmittelengpässen im Land geführt haben. Der Einsatz der Sicherheitskräfte und Militärs wird hierbei insbesondere von Menschenrechtsgruppen kritisiert.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Kommentar

Die kolumbianische Polizei (*Policía Nacional de Colombia*) beschäftigt etwa 172.000 Beamte:innen und untersteht dem Verteidigungsministerium. Der:die Präsident:in kann durch die Ernennung des:der Polizeidirektor:in ebenfalls erheblichen Einfluss auf die Polizei ausüben. Der paramilitärisch organisierten Einheit kommt sowohl bei der Bekämpfung des Terrorismus als auch des Drogenschmuggels eine wichtige Rolle zu. Sie verfügt daher über die notwendige Mobilität, was sich etwa in der Ausrüstung der Polizei widerspiegelt. Zu der Ausrüstung zählen Transportflugzeuge (u. a. Cessna), Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung (C-26B Metroliner) sowie Mehrzweck- und Transporthubschrauber (u. a. Bell und Blackhawk).

Die Struktur der Polizei umfasst verschiedene Einheiten für die Regionen, die Städte und die einzelnen Bundesstaaten. Diese umfassen die Kriminalpolizei, die Verkehrspolizei, verschiedene Eliteeinheiten, bestimmte Einheiten zur Wahrung öffentlicher Sicherheit und Ordnung sowie zur Drogenbekämpfung. Daneben bestehen noch ein Polizeigeheimdienst (DIPOL; zuständig für die Aufklärung operativer Informationen und von Bedrohungslagen), der Zolldienst und bis 2011 das administrative Sicherheitsdepartment (Inlandsgeheimdienst) (*Departamento Administrativo de Seguridad, DAS*). Dieser Geheimdienst ist direkt dem:der Präsident:in unterstellt und ihm:ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Neben Informationsbeschaffung und Spionageabwehr übernimmt der Geheimdienst ebenfalls wichtige Aufgaben bei der Strafverfolgung. Im Jahr 2009 kam es zu einem Skandal um den DAS, als öffentlich wurde, dass dieser an der illegalen Überwachung von Regierungskritiker:innen, Parlamentarier:innen und Journalist:innen beteiligt gewesen ist. Im Zuge dessen wurden mehrere hochrangige Beschäftigte des Dienstes verhaftet. Während der damalige Präsident Uribe den Geheimdienst nicht abgeschafft hat, unternahm sein Nachfolger Santos den politischen Kraftakt und beendete die 58-jährige Geschichte des DAS Ende 2011. Im Anschluss daran wurde eine neue Behörde geschaffen: Die Nationale Direktion für Nachrichtendienste (*Dirección Nacional de Inteligencia, DNI*). Diese ist, anders als der DAS, nicht in die Strafverfolgung, Grenzkontrolle oder einwanderungsbehördliche Angelegenheiten eingebunden und agiert hauptsächlich als Geheimdienst (sowohl im Inland als auch im Ausland) und Militärischer Abschirmdienst.

Gegen die kolumbianische Polizei gibt es etliche Korruptionsvorwürfe und Anschuldigungen, Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben. Seit diese Vorwürfe insbesondere Ende der 1990er Jahre ihren Höhepunkt fanden, wurden Anstrengungen unternommen, Strukturen krimineller Organisationen und korrupter Polizist:innen aufzubrechen. Insgesamt wurde ein Reformprozess angestoßen, der zu einer partiellen Verbesserung im Kampf gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Polizei führte. Dies hat die Lage zwar etwas verbessert, es gibt jedoch nach wie vor Berichte über außergerichtliche Tötungen, Amtsmissbrauch, Folter, Gewalt und Erniedrigung von Gefangenen. Polizeigewalt erschüttert immer wieder das Land. So brachen bspw. 2019 Proteste in Folge des gewaltsamen Todes eines Jugendlichen bei einer regierungskritischen Demonstration aus. Dieser war durch ein Geschoss der Polizei getötet worden. Demonstrierende forderten daraufhin Untersuchungen durch eine unabhängige Institution; Straffreiheit bei Vergehen von Seiten der Sicherheitskräfte bleibt jedoch ein Problem in Kolumbien.

Auch im September 2020 brachen gewaltsame Proteste in Kolumbien aus, nachdem publik wurde, dass ein Mann durch Polizeigewalt in Bogotá gestorben ist. Bei den

Auseinandersetzungen zwischen den Protestierenden und den Sicherheitskräften wurden wiederum mindestens sieben Personen getötet. Ab April 2021 hielten ferner landesweit Proteste gegen die im Land grassierende Armut, die Krise im Gesundheitssektor und Polizeigewalt an. Die Regierung hat im Zuge dessen die Polizei eingesetzt, die gewaltsam gegen Demonstrierende vorging. Menschenrechtsorganisationen haben berichtet, dass die Polizei nicht nur mit Tränengas gegen die Protestierenden vorgeht, sondern teilweise auch mit scharfer Munition auf diese geschossen hat. Ende Mai 2021 besagten offizielle Zahlen, dass mindestens 59 Menschen im Rahmen der Auseinandersetzung getötet sowie mehr als 2.300 Zivilist:innen und Sicherheitskräfte verletzt wurden.

Durch die langanhaltenden Konflikte und bewaffneten Auseinandersetzungen verfügen hunderte Stadtbezirke über eine unzureichende oder gar keine Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte. Die private Sicherheitsindustrie in Kolumbien boomt daher, nicht zuletzt auch aufgrund der sehr hohen Kriminalitätsrate. 2008 setzten private Sicherheitsunternehmen mehr als zwei Milliarden US-Dollar um, 2020 waren es bereits 6,7 Milliarden Dollar. 2020 sollen behördlichen Angaben zufolge bereits 856 private Sicherheitsfirmen in der Branche tätig gewesen sein. Mehr als 28.658 Personenschützer:innen sowie 297.133 sonstige Sicherheitsbeamt:innen erwirtschaften demzufolge allein rund 1,6 Prozent des kolumbianischen Bruttoinlandsproduktes.

Diversität in den Sicherheitskräften

LGBTQIA+-Personen dürfen bereits seit der Jahrtausendwende in den kolumbianischen Streitkräften legal und offen dienen. Ein Urteil des Obersten Gerichtshof in 1980 befreite Transfrauen wie -männer von der Wehrpflicht, schloss jedoch nicht aus, dass diese auf eigenen Wunsch dienen können. 1999 verfügte ein Gericht zudem, dass auch homo- und bisexuelle Menschen nicht vom Dienst ausgeschlossen werden dürfen. Strukturelle Diskriminierung in der Praxis erschwert die Situation für queere Menschen aber enorm.

Frauen dürfen bereits seit 1976 grundsätzlich in den Streitkräften dienen – lange jedoch fast ausschließlich in nicht-kämpfenden Rollen wie Logistik, Medizin oder der Verwaltung. Erst ab 2011 öffnete sich der Zugang zu traditionell männlich dominierten, operativen Truppengattungen. Formal bestehen heute kaum rechtliche Einschränkungen, doch informelle Barrieren bleiben hoch. 2016 lag der Frauenanteil in den Streitkräften bei nur 1,6 %, hat sich seither aber verdoppelt. 2024 besetzten Frauen in allen Teilstreitkräften alle Unteroffiziersränge. Bei den Offizierinnen variiert der höchste bislang von Frauen erreichte Rang je nach Teilstreitkraft: In der Armee ist es der Rang eines Major-Generals (der zweithöchste Rang), in der Marine der eines Admirals (der höchste Rang), und in der Luftwaffe der eines Colonels (der vierthöchste Rang). Insgesamt stellen Frauen jedoch weiterhin nur 3,2 % des Militärpersonals im Jahr 2024.

In der Polizei dürfen Frauen ebenfalls seit den späten 1970er Jahren dienen. Eine Reform von 2021 zielte darauf ab, den Anteil von Frauen und auch ethnischen Minderheiten durch gezielte Maßnahmen, wie bspw. durch Stipendien, zu erhöhen. 2022 lag der Anteil uniformierter Polizeibeamtinnen immer noch bei nur 5,5 %, während ethnische Minderheiten 12 % der Kräfte stellten. Bis 2024 stieg der Frauenanteil allerdings auf 22 % (37.788 von 171.169 Beamt:innen), also sprunghaft an. Frauen sind heute auch in hochspezialisierten Teams und Hochrisiko-Operationen vertreten. Auch sind sie wichtiger Bestandteil der „Purple Patrols“,

die auf sexuelle und geschlechtsbasierte Gewalt spezialisiert sind. Der höchste von Frauen erreichte Rang in der Polizei ist der des Brigadegenerals – der dritthöchste Rang.

Die Streitkräfte verfolgen einen Gender-Mainstreaming-Ansatz und haben Präventionsprotokolle gegen sexuelle Gewalt sowie Informationsbroschüren eingeführt. Einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Women, Peace and Security Agenda verabschiedete Kolumbien allerdings erst 2024. Dieser legt Ziele bis 2034 fest, darunter allerdings keine konkreten Bestimmungen zu Frauen innerhalb der Sicherheitskräfte.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](#)).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	https://treaties.un.org

Kommentar

Kolumbien ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, so u. a. der Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978. Dem entgegen gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrages zum Verbot von Anti-Personenminen. Dennoch sind in Kolumbien heute weiterhin tausende von Minen verstreut, die täglich Menschenleben fordern. Zumeist werden diese improvisierten Minen durch nicht-staatliche bewaffnete Akteure produziert und ausgelegt. So wurden allein 2022, dem Landmine Monitor (2023) zufolge, rund 105 Vorfälle der ELN, 224 Vorfälle der FARC-Dissidenten und 26 weitere Vorfälle dem GAO Clan del Golfo zugeschrieben. Im Mai 2022 wurde zudem ein Arsenal von fast 2000 Anti-Personenminen durch die Streitkräfte sichergestellt. Den internationalen Waffenhandelsvertrag hat Kolumbien am 15.10.2024 ratifiziert. Damit trat dieser für Kolumbien zum 13. Januar 2025 in Kraft.

Gegen Kolumbien ist weder ein Waffenembargo der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026

Abuses by armed groups, limited access to justice, and high levels of poverty, especially among rural, Indigenous, and Afro-descendant communities, remain serious human rights concerns in Colombia. Nearly a decade after the 2016 peace accord between the Revolutionary Armed Forces of Colombia—People’s Army (FARC) and the government ended a five-decade-long conflict, violence has reemerged in new forms, with an increased presence of armed groups. Despite President Gustavo Petro’s “total peace” strategy, 2025 was marked by one of the worst humanitarian tolls in a decade. The run-up to Colombia’s 2026 legislative and presidential elections was marred by violence, including the killing of congressman and would-be presidential candidate Miguel Uribe Turbay.

Quelle: Human Rights Watch World Report 2026
<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/colombia>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026

*Trotz Friedensverhandlungen dauerten die bewaffneten Auseinandersetzungen und die damit einhergehenden Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht 2025 an. Hauptleidtragende der bewaffneten Konflikte und der Gewalt waren indigene, afrokolumbianische und kleinbäuerliche Gemeinschaften. Menschenrechtsverteidiger*innen waren wegen ihrer Aktivitäten nach wie vor hohen Risiken ausgesetzt. Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen war immer noch eingeschränkt, obwohl Abbrüche bereits seit einigen Jahren entkriminalisiert waren. Venezolanische Staatsangehörige hatten weiterhin große Schwierigkeiten, in Kolumbien Asyl oder einen anderweitigen regulären Aufenthaltsstatus zu bekommen.*

Quelle: Amnesty International Report April 2026
<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2026/04/POL1003202026GERMAN.pdf>

Box 7**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

Bewertung für Kolumbien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 38/60

Politische Rechte: 31/40

Gesamtbewertung: Frei (69/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025**

Colombia is among the longest-standing democracies in Latin America, but one with a history of widespread violence and serious human rights abuses. Public institutions have demonstrated the capacity to check executive power, and the country's main left-wing guerrilla group signed a peace accord in 2016. Nonetheless, Colombia faces enormous challenges in consolidating peace and guaranteeing political rights and civil liberties outside of major urban areas.

Quelle: [Colombia: Freedom in the World 2025 Country Report | Freedom House](#)

Kommentar

Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, bleibt die Menschenrechtssituation im Land seit Jahren äußerst problematisch. Sowohl staatliche Akteure als auch Guerillagruppen begehen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Der jahrzehntelange Bürgerkrieg, an dem unterschiedliche Konfliktparteien beteiligt waren, hat wiederholt zu schweren Verstößen geführt. Seit 1960 hat der Konflikt mehr als eine halbe Million Menschenleben gefordert. Damit bewegt sich Kolumbien in einer Größenordnung vergleichbar mit Ländern wie Sudan und der Demokratischen Republik Kongo. Auch nach dem Friedensabkommen zwischen der FARC und der Regierung sowie der Entwaffnung der Guerilla dauern politische Morde, Entführungen und Einschüchterungen an (siehe hierzu ausführlicher den Kommentar zu [Spannungen und inneren Konflikten](#)). Die anhaltende Vertreibung großer Teile der Bevölkerung verschärft zudem die wirtschaftliche Lage, da viele Menschen ihre Existenzgrundlagen verlieren. Nach Angaben des UNHCR lag die Zahl im März 2024 sogar bei 6,9 Millionen und damit auf dem höchsten Stand weltweit.

Auch der Umgang der Regierung mit politischen Gefangenen bleibt problematisch. Sie erkennt den Status politischer Gefangener nicht an und erschwert damit die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen. Berichte dokumentieren wiederholt den Einsatz von Folter gegen Gefangene. Laut World Prison Brief (2024) befanden sich 2022 fast 100.000 Menschen in Haft, verteilt auf 125 Gefängnisse. Die starke Überbelegung führt zu prekären Haftbedingungen.

Die Regierung steht vor der Herausforderung, Menschenrechtsverletzungen wirksam einzudämmen und Sicherheitskräfte zur Rechenschaft zu ziehen. Dabei bewegt sie sich im

Spannungsfeld zwischen der Gewährleistung von Sicherheit der Bevölkerung und der Einhaltung von Menschenrechten. In den letzten Jahren haben insbesondere Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte und Polizeigewalt das Land erschüttert. Diese Entwicklungen trugen maßgeblich zu den landesweiten Protesten ab April 2021 bei, die häufig in gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften eskalierten und wiederholt Todesopfer forderten (siehe ebenfalls [Spannungen und innere Konflikte](#)). Gleichzeitig bleiben Reformen, die die Rechenschaftspflicht stärken und zukünftige Verstöße verhindern sollen, bislang begrenzt.

Im Konflikt um ungleiche Landverteilung und frühere Zwangsenteignungen zeichnen sich erste Lösungsansätze ab. Im Juni 2011 unterzeichnete Ex-Präsident Santos ein Gesetz, das Landrückgaben sowie Entschädigungszahlungen für Opfer von Menschenrechtsverletzungen vorsieht. Auch das Friedensabkommen von 2016 zwischen der Regierung und der FARC beinhaltet eine Landreform, die eine gerechtere Ressourcenverteilung fördern soll. Zudem sollen Entschädigungen teilweise aus beschlagnahmten, illegal erwirtschafteten Vermögenswerten der FARC finanziert werden.

Dennoch bleiben Menschenrechtsverletzungen durch bewaffnete Gruppen ein zentrales Problem. Human Rights Watch (2023) berichtet über Tötungen, die Rekrutierung von Kindern sowie Vergewaltigungen (siehe den folgenden Kommentar zu Geschlechtsspezifischer Gewalt). Nach einem vorübergehenden Rückgang im Zuge des Friedensprozesses hat die Gewalt neue Formen angenommen und erreichte 2022 erneut ein Niveau, das dem vor dem Friedensabkommen ähnelt. Das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) dokumentierte bis Oktober 2022 insgesamt 60 Massaker, also gezielte Tötungen von drei oder mehr Zivilpersonen bei einem Vorfall. Darüber hinaus sehen sich Menschenrechtsaktivist:innen, Journalist:innen sowie indigene und afrokolumbianische Führungspersonen weiterhin massiven Bedrohungen ausgesetzt.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Auf internationaler Ebene hat Kolumbien die zentralen Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) und zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert. Dazu zählen bspw. die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) sowie die Convention on the Rights of the Child – jeweils einschließlich der Fakultativprotokolle. Innerstaatlich hat Kolumbien zudem eine der progressivsten Rechtsgrundlagen hinsichtlich LGBTQIA+-Personen und auch Frauenrechte in den letzten Jahren nochmals deutlich gestärkt.

Trotz einer insgesamt progressiven Gesetzgebung auch hinsichtlich Frauenrechten bleibt Geschlechtsspezifische und sexuelle Gewalt (GBV / SGBV) in der Praxis aber ein sehr gravierendes Problem. UNFPA-Daten zufolge gibt es in Kolumbien selbst im regionalen Durchschnitt sehr viel Gewalt gegen Frauen. Aktuellen Schätzungen der WHO zufolge (2023) liegt die Lebenszeitprävalenz unter 15- bis 49-jährigen Frauen für sexuelle und/oder physische Gewalt innerhalb der Partnerschaft bei 29,8 %; 14,8 % erlebten eine dieser Gewaltformen sogar innerhalb der letzten 12 Monate. Damit zeigt sich auch der WHO zufolge im regionalen Vergleich eine ausgesprochen schwere Situation in Kolumbien (Brasilien: 19,1 bzw. 2,4 %; Ecuador: 24,1 bzw. 9,8 %; Peru: 23,2 bzw. 8,0 % und Venezuela: 19,4 bzw. 10,6 %). Auch die hohe Anzahl von Femiziden (973 in 2025; 1.584 in 2024) verdeutlicht die große Problematik um Gewalt gegen Frauen. Zur Verbreitung weiblicher Genitalverstümmelung liegen keine aktuellen verlässlichen Zahlen vor – diese wird in manchen indigenen Bevölkerungsgruppen aber

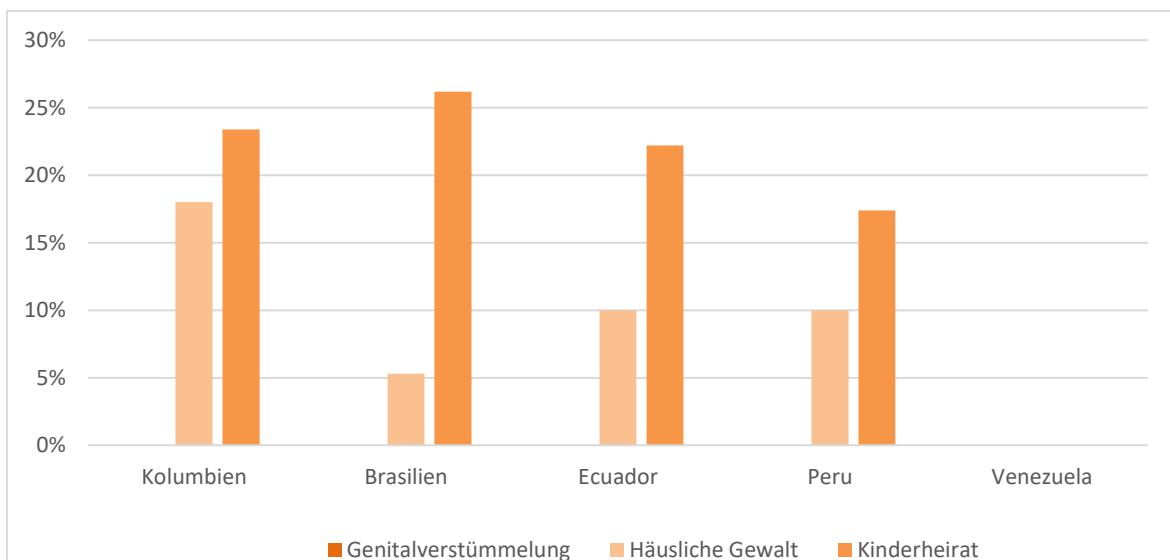
noch immer praktiziert. Zwischen 2020 und 2025 wurden mindestens 204 Fälle registriert, die Dunkelziffer dürfte aber deutlich höher liegen. Noch 2026 wurden Gesetzestexte im Kongress diskutiert, um diese Praxis zu verbieten.

Hinsichtlich LGBTQIA+-Rechten hat Kolumbien eine der progressivsten Rechtsgrundlagen weltweit. So erlaubt Kolumbien bspw. auch homosexuellen Paaren die Adoption und erkennt rechtlich sowohl nicht-binäre Identitäten als auch Geschlechtsangleichungen an. Im Equaldex bspw. erhält das Land hinsichtlich der rechtlichen Lage 92 von 100 möglichen Punkten. Hinsichtlich der öffentlichen Meinung schneidet Kolumbien deutlich schlechter ab (60/100). Allein in 2021 wurden 405 LGBTQIA+ Personen Opfer von Angriffen, einschließlich 103 Fällen von Polizeigewalt und 205 Tötungen durch andere Akteure. Insgesamt sind aber queere Menschen auch auf politischer Ebene vertreten (etwa Minister:innen oder Bürgermeister:innen), sodass die gesellschaftliche Stigmatisierung insgesamt betrachtet als eher moderat einzustufen ist.

Kinderrechte bleiben in der Praxis hingegen unzureichend geschützt: Kinderheiraten sind weiterhin enorm verbreitet, insb. in speziellen indigenen Gemeinschaften: Rund 4,9 % der Mädchen werden bis zum 15. Lebensjahr verheiratet (rund eine Million Frauen der Alterskohorte 20 bis 24 Jahre) und fast jede vierte (23,4 %) bis zum 18. Lebensjahr (rund 4,6 Millionen Frauen). Die jüngste Zahl solcher Eheschließungen stammt allerdings aus 2015, sodass das aktuelle Ausmaß unklar ist. Da die Praxis jedoch erst im Februar 2025 verboten wurde, ist davon auszugehen, dass es weiterhin ein großes Problem darstellt. Auch Kinderarbeit kommt weiterhin vor: fast ein Prozent der 5- bis 14-jährigen (etwa 72.000 Kinder) sind in Arbeit und rund 2,1 % der 15- bis 17-jährigen Kinder (rund 50.000 Jugendliche) sind in besonders gefährlichen Arbeitsfeldern aktiv.

Schaubild 5

Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region: Prävalenz weiblicher Genitalverstümmelung, Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %



Quelle: United Nations Population Fund; [GBV Data explorer](#)

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

The period under review was shaped by the complex and evolving dynamics surrounding Gustavo Petro's ambitious reform agenda. Compared with the initial phase of his term, conditions have grown more difficult for the executive. Although a few reforms were enacted, the pace of progress has slowed significantly. Initiatives in key areas have foundered. The administration has also faced substantial challenges, including structural constraints and policy inconsistencies, which have impeded effective implementation.

In the realm of democracy and governance, several developments have shaped the political landscape. First, the collapse of the pro-government majority coalition in the first half of 2023 led to strained relations between the executive and legislative branches, especially over disagreements about the content of critical reforms. Second, tensions have emerged between the executive, the judiciary and oversight institutions, particularly when high court rulings have overturned legislation proposed by the government. Third, Petro's election to the presidency followed a period of intense social mobilization and unrest, which notably subsided after he took office in 2022. Unlike his predecessor, Iván Duque, Petro has adopted a conciliatory approach to protests, emphasizing protection of the right to demonstrate and addressing offenses by security forces. Fourth, the government's flagship "Total Peace" policy has failed to deliver significant results. Security conditions have deteriorated, with escalating violence driven by the expansion of non-state armed groups and their attacks on each other and civilians.

Quelle: [BTI 2026 Colombia Country Report: BTI 2026](#)

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Kolumbien 37 von 100 möglichen Punkten (2024: 39 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie die Dominikanische Republik, Gambia, Lesotho oder Sambia. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>

Spannungen und innere Konflikte

Kolumbien befand sich über Jahrzehnte in einem blutigen Bürgerkrieg mit einer komplexen und schwer überschaubaren Akteurskonstellation. Die Wurzeln reichen bis 1948 zurück, als in der sogenannten „Violencia“ gewaltsame Konflikte zwischen Liberalen und Konservativen ausbrachen. Eine zentrale Konfliktpartei bildete die linksgerichtete Guerillagruppe Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC), die gegen das kolumbianische Militär sowie gegen rechtsgerichtete Paramilitärs kämpfte. Letztere bündelte seit 1997 die Dachorganisation Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens (AUC). Alle Konfliktparteien begingen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen.

Ein zentraler Auslöser der Gewalt lag in der bereits damals extrem ungleichen Landverteilung. Laut Schätzungen von Oxfam aus dem Jahr 2014 besitzt etwa ein Prozent der Bevölkerung rund 81 Prozent der Landfläche. Indigene Gruppen geraten zudem häufig in Konflikt mit multinationalen Unternehmen, die Bodenschätze ausbeuten. Die FARC erzielte im Verlauf des Konflikts ambivalente Ergebnisse: Einerseits verbesserte sie soziale Bedingungen in kontrollierten Gebieten, andererseits finanzierte sie sich zunehmend über den Drogenhandel, beging schwere Menschenrechtsverbrechen und rekrutierte Kämpfer:innen auch zwangsweise. Kolumbien kontrolliert heute einen Großteil des globalen Kokainangebots. Die Dynamik des Drogenhandels hängt auch eng mit dem staatlichen Unvermögen zusammen, diesen erfolgreich einzudämmen. Laut United Nations Office on Drugs and Crime stieg die potenzielle Kokainproduktion Kolumbiens allein 2023 um 53 Prozent.

Zu Beginn des Konflikts, in den 1960er Jahren, flüchtete die Regierung damaligen Guerillabewegungen mit Unterstützung der USA im Rahmen der Latin America Security Operation (LASO) zunächst militärische Niederlagen zu. 1964 gründete sich daraufhin die FARC, die in den 1980er und 1990er Jahren der Armee erheblich zusetzte. Parallel führten Regierung und FARC zeitweise aussichtsreiche Friedensverhandlungen, die die Regierung 2002 für gescheitert erklärte. Es folgte eine groß angelegte Militäroffensive, unterstützt durch den US-amerikanischen „Plan Colombia“. Der Kampf gegen den Drogenhandel und die geostrategische Bedeutung des Landes internationalisierten den Konflikt weiter. Kritiker:innen sehen die USA dabei eher als Teil des Problems, denn als Lösung. Bis 2016 hielten FARC und kolumbianische Regierung an militärischen Strategien fest. Die Regierung setzte gezielt auf die Tötung von Führungspersonen und Luftangriffe auf Infrastruktur der Rebell:innen – wie etwa bei der „Operation Sodom“ im September 2010.

Die Paramilitärs entwickelten sich zu einem zentralen Akteur. Sie schützten vor allem Großgrundbesitzer:innen und pflegten enge Verbindungen zu staatlichen Sicherheitskräften und politischen Eliten. Zwar demobilisierte der Staat in den vergangenen Jahren tausende Kämpfer:innen, doch Beobachter:innen kritisierten diesen Prozess als oberflächlich. Kriminelle Netzwerke und Verbindungen in Politik und Sicherheitsapparate bestehen fort. Bereits 2006 deckten Medien enge Kooperationen zwischen dem damaligen Inlandsgeheimdienst (DAS) und paramilitärischen Gruppen auf. Unter dem Schutz eines Sondergesetzes gestanden tausende ehemalige Paramilitärs zehntausende Morde und Entführungen.

2012 nahmen Regierung und FARC Friedensverhandlungen auf. Im Vorfeld führten bereits Unterhändler:innen beider Parteien in der norwegischen Hauptstadt Oslo Geheimgespräche. Nach vier Jahren und mehreren beidseitig gebrochenen Waffenstillständen einigten sich beide Seiten unter Präsident Juan Manuel Santos und FARC-Chef Timoleón Jiménez 2016 in Havanna auf ein Abkommen. Ein Referendum der kolumbianischen Bevölkerung lehnte dieses zunächst knapp ab, bevor eine überarbeitete Versionen im Dezember 2016 vom Unterhaus sowie vom Senat jeweils einstimmig verabschiedet wurden. 2017 erklärte die UN die Entwaffnung der FARC für abgeschlossen. Rund 7.000 Kämpfer:innen gaben ihre Waffen in einem der 26 eingerichteten Entwaffnungszentren ab und sollten in das zivile Leben reintegriert werden. Das Abkommen sah für die Rebell:innen eine monatliche finanzielle Unterstützung von 215 US-Dollar, begrenzte Strafmaße (maximal acht Jahre auch für schwerste Verbrechen) sowie Maßnahmen gegen den Drogenhandel vor. Zwangsenteignetes Kapital aus dem Drogenhandel sollte zur Entschädigung von Opfern aufgewendet werden. Die FARC wandelte sich zudem in eine politische Partei um (Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común; Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes) und erhielt je fünf garantierte Sitze in

Senat und Abgeordnetenversammlung für zwei Legislaturperioden. Ihre Ziele, wie eine gerechte Landverteilung und die Unterstützung der armen Landbevölkerung, verfolgt die Bewegung nun im demokratischen Rahmen.

Seit Februar 2017 verhandelt die kolumbianische Regierung mit der Guerillagruppe Ejército de Liberación Nacional (ELN). Mit rund 6.160 Mitgliedern (Stand 2023) stellt sie derzeit die größte aktive Guerillaorganisation des Landes dar. Im September 2017 vereinbarten beide Seiten einen befristeten Waffenstillstand, der von Oktober 2017 bis Januar 2018 galt. Dennoch setzte die marxistische ELN ihre Gewalt fort und verübte insbesondere 2018 und 2019 zahlreiche Anschläge auf Zivilist:innen und Sicherheitskräfte. Im Zuge der COVID-19-Pandemie erklärte sie im März 2020 eine einseitige Waffenruhe. Aktuell befinden sich Regierung und ELN erneut in Gesprächen und haben zeitweise Waffenstillstände vereinbart, die jedoch fragil bleiben. Die ELN setzt ihre Gewalt fort, etwa durch Entführungen, wie Ende 2023 im Fall der Eltern des Fußballspielers Luis Díaz.

Neben der ELN agieren weitere bewaffnete Gruppen. Dazu zählen insbesondere FARC-Dissident:innen wie die EMC (ca. 3.860 Mitglieder) und die Segunda Marquetalia (ca. 1.751 Mitglieder) sowie kriminelle Organisationen wie der „Clan del Golfo“ (rund 5000 Mitglieder). Insgesamt wuchsen diese Gruppen 2023 deutlich; ihre Mitgliederzahl stieg im Vergleich zum Vorjahr um etwa 11 Prozent. Besonders der Clan del Golfo expandierte stark und rekrutierte innerhalb eines Jahres rund 1.000 neue Mitglieder, teils unter Zwang. Auch wenn Schätzungen stark variieren und teils deutlich höhere Zahlen annehmen (bis zu 14.000 Mitglieder), verdeutlicht diese Entwicklung die anhaltende Fragmentierung und Dynamik bewaffneter Gewalt in Kolumbien.

Im November und Dezember 2019 protestierten landesweit hunderttausende Menschen gegen Präsident Iván Duque. Sie kritisierten vor allem Defizite bei der Umsetzung des Friedensabkommens, Korruption sowie geplante Sozialreformen. In Städten wie Cali, Medellín und Bogotá eskalierten die Proteste; Sicherheitskräfte gingen teils gewaltsam vor, mehrere Menschen starben, hunderte wurden verletzt. Ein „Nationaler Dialog“ der Regierung konnte die Spannungen aber nicht nachhaltig entschärfen. Im April 2021 lösten daher Steuerreformpläne erneut landesweite Proteste aus, die sich rasch ausweiteten und strukturelle Probleme wie Armut, Defizite im Gesundheitssystem und Polizeigewalt in den Fokus rückten. Die Polizei reagierte erneut mit erheblicher Gewalt, die Regierung entsandte schließlich das Militär nach Cali. Dabei kamen zahlreiche Menschen ums Leben, viele weitere wurden verletzt.

2022 wählte Kolumbien mit Gustavo Petro einen linken Präsidenten. An seiner Seite wurde Francia Márquez zur ersten afro-kolumbianischen Vizepräsidentin gewählt. Die neue Regierung kündigte umfassende Reformen im Sicherheitssektor an. Verteidigungsminister Iván Velásquez strebt insbesondere an, die Polizei institutionell vom Verteidigungsministerium zu lösen, um die Trennung zwischen militärischen und zivilen Sicherheitsaufgaben zu stärken. Zudem verfolgt die Regierung einen stärker menschenzentrierten Ansatz, der strukturelle Reformen von Polizei und Streitkräften einschließt. Die Umsetzung dieser Vorhaben bleibt jedoch eine zentrale Herausforderung.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Kolumbien liegt im Nordwesten von Südamerika und grenzt im Norden an Panama und das karibische Meer. Im Osten hat das für die USA geostrategisch wichtige Land gemeinsame Grenzen mit Venezuela und Brasilien. Im Süden grenzt Kolumbien an Peru und Ecuador. Als einziges Land hat Kolumbien sowohl Zugang zur Karibik als auch zum Pazifik.

Politische Situation in der Region

In der Region herrscht eine angespannte politische Lage. Zu Beginn der vergangenen Dekade entwickelte sich ein regelrechter Rüstungswettlauf, in dessen Verlauf sich strategische Kooperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland sowie Kolumbien und den USA herausbildeten. Umfangreiche Waffenlieferungen verstärkten sicherheitspolitische Spannungen zwischen den südamerikanischen Staaten. Zwar etablierten die Länder im vergangenen Jahrzehnt verschiedene vertrauensbildende Maßnahmen, doch neuere Rüstungsbeschaffungen – etwa in Venezuela, Brasilien und Chile – erschweren die sicherheitspolitische Kooperation weiterhin.

Angesichts zentraler Herausforderungen der Region – wie Terrorismus, Drogenschmuggel, Menschenhandel, organisierter Kriminalität, Geldwäsche und Korruption – ist eine starke Kooperation notwendig. Trotz anhaltender Spannungen, insbesondere in Grenzregionen, lässt sich aber nur eine gewisse Bereitschaft zur Zusammenarbeit beobachten. Die Managua-Erklärung von 2006 identifizierte bspw. gemeinsame Bedrohungen und schuf damit eine Grundlage für Kooperation. Gleichzeitig treiben viele Staaten aber auch militärische Modernisierungs- und Transformationsprozesse voran, um ihre Streitkräfte an neue Bedrohungslagen anzupassen. Diese gehen häufig mit umfangreichen Beschaffungsprogrammen einher. Unzureichende Informationspolitik und mangelnde Transparenz bei Waffenkäufen verstärken wiederum gegenseitiges Misstrauen, das ein zentrales Hindernis für transparente Sicherheits- und Verteidigungspolitik bleibt.

Brasilien verfügt als größtes Land auch über das mit Abstand stärkste militärische Arsenal der Region und verfolgt eine Politik des regionalen Führungsanspruchs. Zwar gilt das Land traditionell als wichtiger Akteur der regionalen Rüstungskooperation, doch seine strategischen Partnerschaften wirken sich ambivalent auf regionale Kooperationsprozesse aus. Ein zwischenstaatlicher Krieg erscheint derzeit unwahrscheinlich, bleibt jedoch langfristig nicht ausgeschlossen. Wiederkehrende Zwischenfälle in Grenzregionen sowie ungelöste Grenzkonflikte unterstreichen die anhaltenden Spannungen.

Grenzkonflikte

In der Vergangenheit kam es an der kolumbianischen Grenze zu zwei schwerwiegenden Zwischenfällen. Am 1. März 2008 griff das kolumbianische Militär ein FARC-Lager auf ecuadorianischem Territorium an und tötete dabei unter anderem den FARC-Vizekommandeur Raúl Reyes. Der Angriff stellte einen erheblichen militärischen Erfolg für Kolumbien dar und schwächte die FARC enorm und nachhaltig. Gleichzeitig löste er die schwerste diplomatische Krise in der Region aus: südamerikanische Regierungen verurteilten das Vorgehen einhellig als unverhältnismäßige Einmischung in fremdes Territorium. Bereits einen Tag später kam es zum Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern und die ecuadorianische Regierung schickte mehr als 3.000 Truppen in die Grenzregion.

Auch die Beziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela blieben lange angespannt. Wiederholt verschärften Waffenfunde bei FARC-Rebell:innen, die aus Venezuela stammten,

das gegenseitige Misstrauen. 2009 eskalierte der Konflikt erneut, als Venezuela Grenzbrücken sprengen ließ und bekannt wurde, dass venezolanische Waffen in den Händen der FARC auftauchten. Gleichzeitig beobachtete Kolumbien die umfangreichen Rüstungskäufe Venezuelas in Russland mit Sorge. Diese verstärkte sich, als Venezuela ab 2010 Kampfpanzer und Hubschrauber an der Grenze stationierte. Seit seinem Amtsantritt 2010 bemühte sich der ehemalige Präsident Juan Manuel Santos um eine Normalisierung der Beziehungen. 2016 öffneten beide Länder nach längerer Grenzschießung die Übergänge wieder und vereinbarten eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Dennoch kam es wiederholt zu Rückschlägen: Venezuela schloss die Grenze zeitweise erneut, unter anderem 2016 und während der Proteste 2019. Gleichzeitig verschärfte die anhaltende Wirtschaftskrise die innenpolitische Lage Venezuelas und belastete die bilateralen Beziehungen zusätzlich.

Regionale Rüstungskontrolle

Bereits 1967 gab es erste Schritte einer regionalen Rüstungskontrolle mit der Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone. Zwar war dieser Vertrag ein Erfolg im Hinblick auf „harte“ Rüstungskontrolle, jedoch konnte in den folgenden Jahren nicht auf diesen Erfolg aufgebaut und Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle entwickelt werden. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besondere Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen in der Region. Das Ziel dieser Maßnahmen lag jedoch im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: Der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachter:innen zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen in den letzten Jahren entstanden: (a) die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import-/ Exportwege transparent zu machen; (b) die OAS Transparency Convention mit Ziel eines Informationsaustausches zwischen den Staaten zum Import und Export konventioneller Waffen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Kolumbien sind insbesondere durch die Kooperation mit den USA im Kampf gegen Drogen US-Militärs stationiert. Darüber hinaus erhält das Land umfangreiche finanzielle Militärhilfe von den USA. Im Rahmen der Kooperation sind 50 US-Soldat:innen (US Southern Command) in Kolumbien stationiert.

In Kolumbiens Nachbarländern sind keine alliierten Streitkräfte stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Kolumbien ist zahlreichen internationalen Anti-Terror-Konventionen beigetreten. Während des jahrzehntelangen Bürgerkriegs verübten mehrere Guerillagruppen (FARC, ELN) sowie paramilitärische Verbände wie die Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens (AUC) und weitere nichtstaatliche bewaffnete Gruppierungen zahlreiche Anschläge, Entführungen und Morde. Aufgrund ihrer Verbindungen zum Drogenhandel stuften die USA unter anderem diese drei genannten Organisationen bereits 2001 als Terrorgruppen ein. Seit Dezember 2021 führen sie zudem FARC-Dissidentengruppen wie Segunda Marquetalia und die FARC-EP auf der Terrorliste.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Kolumbien hat lediglich 1992, 2007 und 2009 Daten im Rahmen des UN-Waffenregisters an die Vereinten Nationen übermittelt. Daten zu den Militärausgaben hat das Land allerdings regelmäßig, fast jedes Jahr ab 2007, an die Vereinten Nationen weitergegeben – zuletzt 2024.

Da das Land den Arms Trade Treaty am 15.10.2024 ratifizierte und dieser im Januar 2025 in Kraft trat, wurde ein Initialbericht zum 12. Januar 2026 fällig. Kolumbien reichte einen solchen fristgerecht ein. Öffentlich einsehbar ist dieser allerdings nicht. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtet Kolumbien seit 2003 i. d. R. im zweijährigen Turnus, letztmalig im Jahr 2024.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Kolumbien verfügt über ein striktes Gesetz, das Import, Export und Handel von Waffen ausschließlich staatlichen Akteuren oder staatlichen Unternehmen wie Indumil vorbehalten. Dennoch gelangen zahlreiche Waffen illegal in Umlauf. 2006 registrierten Behörden rund 1,3 Millionen legale Waffen, während Expert:innen die Zahl illegaler Waffen auf drei bis vier Millionen schätzten.

Am illegalen Waffenhandel beteiligen sich unterschiedliche Akteure. Immer wieder verhafteten Behörden (ehemalige) Angehörige der Streitkräfte, die Waffen an Guerillagruppen weitergaben. So kaufte ein ehemaliger Offizier 1999 über 7.000 AK-47 bei einem bulgarischen Unternehmen und ließ sie 2001 ohne Beteiligung von Indumil nach Kolumbien bringen. 2003 klagten Behörden zwei ehemalige Militärs an, tausende Sturmgewehre samt Munition und anderer Ersatzteile an Rebellengruppen geliefert zu haben. Im selben Jahr verhafteten sie einen Major, der einen ähnlichen Deal mit Waffen aus israelischer Produktion organisiert hatte.

Die FARC beschaffte Waffen jedoch nicht nur über lokale Netzwerke, sondern arbeitete auch mit internationalen Händler:innen zusammen. So versuchte sie laut sichergestellten E-Mails des FARC-Kommandeurs Luis Edgar Devia Silva, vom ehemaligen libyschen Machthaber Muammar Gaddafi einen Kredit über 100 Millionen US-Dollar für den Kauf von Flugabwehrwaffen zu erhalten. Auch Deutschland spielte als Lieferant zumindest eine indirekte Rolle: 2009 lieferte die US-Tochterfirma von SIG Sauer in Exeter 98.000 SP-2022 Pistolen für rund 70 Millionen US-Dollar an die US-Streitkräfte, die anschließend an die kolumbianische Polizei weitergeleitet wurden – ohne erforderliche Genehmigung deutscher Behörden. Ein Gericht verhängte 2021 eine Geldstrafe von 11,1 Millionen Euro gegen das deutsche Unternehmen, wobei der GKKE-Rüstungsexportbericht 2021 hier von lediglich 38.000 Pistolen schreibt.

Korruption und schwer kontrollierbare Grenzregionen fördern den illegalen Waffenhandel zusätzlich. Die sogenannte Drei-Grenzen-Region um die Iguazú-Wasserfälle gilt als wichtiger Umschlagplatz. Um dem entgegenzuwirken, verabschiedete Kolumbien 2003 den „Plan der Anden“ zur Bekämpfung illegalen Waffenhandels und ratifizierte die Interamerikanische Konvention gegen die illegale Herstellung und Verbreitung von Feuerwaffen, Sprengstoff, Munition und ähnlichem Material (CIFTA) der OAS.

Trotz dieser Maßnahmen verschwinden weiterhin Waffen aus staatlichen Beständen – und das teils in ausgesprochen großem Stil: Im April 2024 stellten unangekündigte Inspektionen auf den Militärbasen Tolomai und La Guajira bspw. fest, dass rund 5 Millionen Kugeln (Kleinwaffenmunition), 550 Panzerfaust-Granaten, 39 Boden-Boden-Raketen (2 Spike- sowie 37 Nimrod-Raketen) sowie 19.300 Granaten fehlen. Die Behörden entließen daraufhin mehrere Offiziere und leiteten landesweite Untersuchungen ein. Es besteht die Befürchtung, dass ein Teil dieser Waffen bereits in die Hände bewaffneter Gruppen gelangt ist.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

A central pillar of Petro's presidency is the structural transformation of Colombia's economy, shifting it from reliance on fossil fuels to a model centered on clean energy, tourism and agriculture. In line with this vision, the government halted new oil and gas exploration contracts in 2023, sparking debate over the economic implications and the country's ability to meet its energy needs. While the tourism sector achieved record growth during this period and the administration has laid the groundwork for a green transition, these initiatives remain in the early stages. After a post-pandemic rebound in 2021 and 2022, economic growth in 2023 and 2024 has been modest, with projections of 2.8% growth in 2025. Inflation,

however, has declined significantly following an unprecedented surge.

Quelle: [BTI 2026 Colombia Country Report: BTI 2026](#)

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

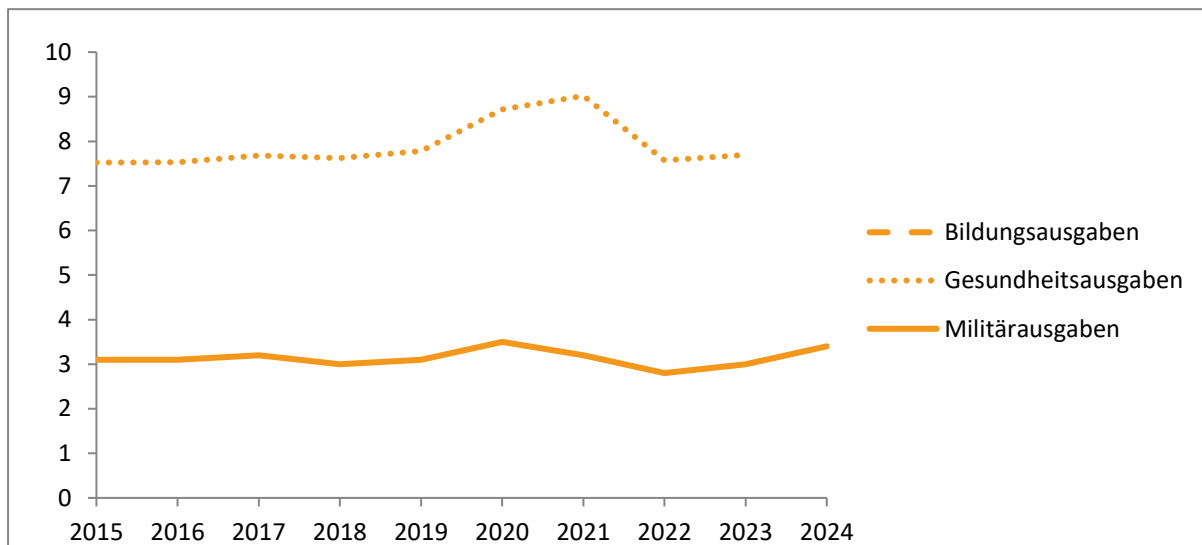
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	10394	10846	10622	10779	12246
Militärausgaben/BIP	3,5	3,2	2,8	3,0	3,4
Gesundheitsausgaben/BIP	8,7	9,0	7,6	7,7	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 6

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	138985	155773	172155	184403	197505
Anteil am BIP (in Prozent)	43	57,6	54	53,4	53,9
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	855,97	1794,29	1738,29	1614,29	-
Net ODA (% of GNI)*	0,24	0,64	0,57	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	59,2	637,58	268,35	371,37	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	111,8	103,9	102,9	103,5	109,9
Index-Platzierung	58	66	63	69	59

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2020	2021	2022	2023	2024
Brasilien	Militarisierungswert	69,2	65,9	64,3	62,0	61,2
	Index-Platzierung	116	117	114	122	125
Ecuador	Militarisierungswert	91,8	87,9	88,5	89,9	90,4
	Index-Platzierung	85	88	89	83	87
Peru	Militarisierungswert	95,0	89,4	90,2	92,5	83,9
	Index-Platzierung	79	86	85	81	94
Venezuela	Militarisierungswert	120,2	86,4	96,9	82,3	83,1

	2020	2021	2022	2023	2024
Index-Platzierung	53	90	77	94	96

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2021	2022	2023	2024	2025
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	22923	21488	21075	20964	23640
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,1	1,0	1,0	1,1
Ecuador	Militärausgaben (absolut)	2587	2685	2734	2882	2707
	Militärausgaben/BIP	2,2	2,2	2,2	2,3	2,1
Peru	Militärausgaben (absolut)	3207	3105	3366	2543	2427
	Militärausgaben/BIP	1,2	1,1	1,2	0,9	0,8
Venezuela	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2024).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,777	0,764	0,762	0,782	0,788
HDI-Wert (Männer)	0,780	0,759	0,762	0,783	0,790
HDI-Wert (Frauen)	0,773	0,722	0,762	0,778	0,784
GDI-Wert	0,992	0,952	1,001	0,993	0,992

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](https://data.undp.org/country-specific/)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf

Entwicklungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

Frauen in der Wirtschaft und Politik

Mit einer Erwerbsbeteiligung von 51,9 % sind Frauen deutlich schlechter in den Arbeitsmarkt integriert als Männer (76,1 %). Kolumbien liegt damit aber über dem globalen Durchschnitt weiblicher Erwerbsbeteiligung (49,1 %). Hinsichtlich Führungspositionen zeigt sich ebenfalls ein etwas überdurchschnittliches Bild: Frauen besetzen 24,6 % der Top-Management-Positionen, gegenüber 19 % im globalen Durchschnitt. Rund 22,4 % der Firmen hatten zudem eine weibliche Mehrheitseigentümerschaft. Der hohe Anteil informeller Beschäftigung von 56,1 % (Frauen 53,6; Männer 57,9) begrenzt den Aussagewert dieser Zahlen jedoch.

Bildungsindikatoren zeigen nur moderate bzw. fast keine Unterschiede, hier sind Frauen sogar leicht im Vorteil (insb. hinsichtlich dem tertiären Bildungssektor). Dennoch bestehen Geschlechterungleichheiten bzw. Entwicklungsunterschiede zu Ungunsten von Frauen, die sich auch im Human Development Index (HDI) und im darauf aufbauenden Gender Development Index (GDI) widerspiegeln. Der GDI setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander, wobei ein Wert von 1 vollständige Gleichstellung anzeigt. Mit einem GDI von 0,992 liegt Kolumbien ebenfalls über dem globalen Durchschnitt von 0,955. Frauen haben eine deutlich höhere Lebenserwartung (rund 5,5 Jahre) und etwas längere durchschnittliche Bildungsjahre (0,3 Jahre) sowie höhere Einschulungsquoten (1 bis 4 Prozentpunkte im primären und sekundären Bildungsbereich; im tertiären sogar 10 Prozentpunkte). Allerdings verdienen sie auch deutlich schlechter (siehe [Schaubild 7](#)). Die Einkommensdisparität hat sich zwischen 2014 und 2023 zudem kaum verändert. In absoluten Zahlen verdienten Männer (2014) 6.412 US-Dollar (kaufkraftbereinigte Schätzung) mehr als Frauen; 2023 lag die Lohnlücke bei 6.651 Dollar. Auch relativ betrachtet sank die Lücke nur sehr minimal, um 2,7 Prozentpunkte: während Frauen 2014 67,1 % von dem verdienten, was Männer verdienten, lag der Anteil 2023 bei 69,8 %.

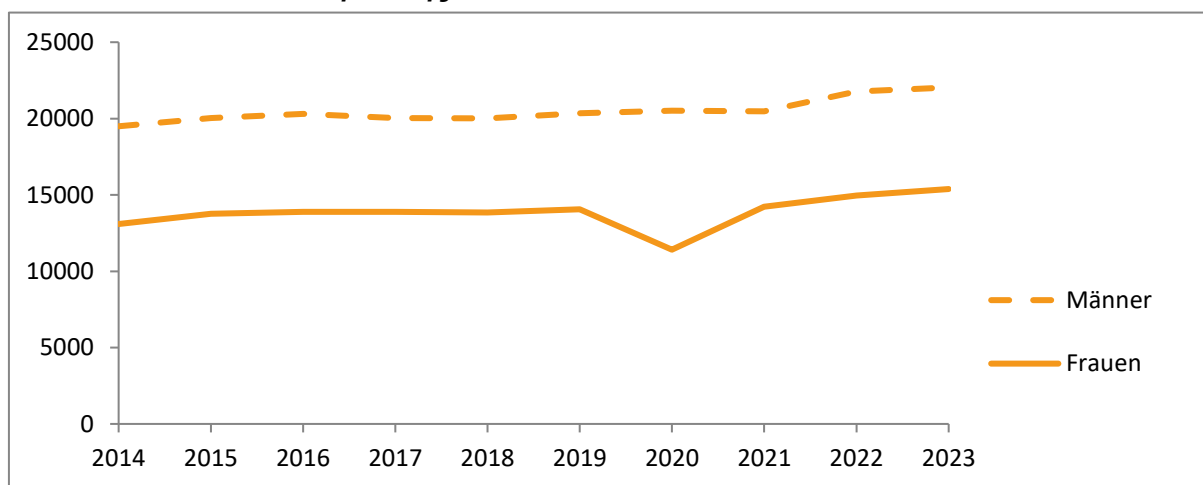
Ungleichheiten spiegeln sich auch im Gender Inequality Index (GII) wider, der reproduktive Gesundheit, politische Teilhabe und wirtschaftliche Selbstbestimmung erfasst. Im GII entspricht ein Wert von 0 – genau entgegengesetzt zum GDI – einer vollständigen Gleichstellung und 1 die maximale Ungleichheit. Da Frauen nur rund 29,4 % der Sitze (55 von 187) im Repräsentantenhaus einnehmen und wie bereits herausgestellt eine deutlich schlechtere Arbeitsmarktintegration aufweisen, erreicht Kolumbien hier einen Wert von 0,393 – liegt damit aber dennoch deutlich besser als der globale Durchschnitt (0,455). Auch im Senat nahmen Frauen Anfang 2025 nur 31,4 % der Sitze (33/105) ein. Immerhin waren Frauen im Regierungskabinet fast paritätisch vertreten (47,4 %) mit 9 von 19 weiblich besetzten Ministerien.

Ein etwas differenzierteres Bild hinsichtlich wirtschaftlicher Teilhabe liefert das Weltbankprogramm Women, Business and the Law (WBL) 2.0, das neben rechtlichen Rahmenbedingungen auch unterstützende staatliche Strukturen unter anderem anhand von Expert:innen-einschätzungen hinsichtlich der Umsetzung bewertet. Der Score für den rechtlichen Rahmen liegt mit 81 von 100 Punkten deutlich über dem globalen (67) sowie dem regionalen (72) Durchschnitt. In vier von zehn Dimensionen erreicht Kolumbien volle Punktzahl. So etwa beim Erbschaftsrecht, bei Kinderbetreuungsmöglichkeiten, beim Schwangerschaftsschutz oder Heirats- und Scheidungsrecht. Am schlechtesten schneidet Kolumbien demnach hinsichtlich der Möglichkeiten für Frauen ab, Unternehmen zu gründen und zu führen (50/100

Punkten). Unterstützende Rahmenbedingungen fallen mit 72,5/100 etwas schlechter aus – sind aber global (46,8) und regional (46,1) betrachtet weit überdurchschnittlich. Auch hier schneiden Maßnahmen zur Gleichheit in der Ehe mit 100 Punkten sehr gut ab – Kinderbetreuungsmöglichkeiten gelten demnach aber in der Praxis als nur mittelmäßig gefördert; ebenso wie Lohngleichheit (je 50/100). Expert:innen sehen die größten Probleme allerdings in der Umsetzung von Gesetzen und Regelungen zum physischen Schutz von Frauen (nur 28/100), von Pensionsbestimmungen (33/100) sowie in der Durchsetzung von Lohngleichheitsbestimmungen (36).

Schaubild 7

Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index

Zusammenfassung Kriterium 8:

Mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 7.040 US-Dollar zählt Kolumbien zu den „upper-middle-income economies“. Kolumbien verzeichnete zuletzt geringe Wachstumsraten und hat mit hohen Schulden und Fiskaldefiziten zu kämpfen – sodass die Kreditwürdigkeit des Landes zuletzt leicht herabgestuft wurde und der IWF erweiterte Bedingungen an ein Notfall-Kreditprogramm knüpfte, für das es seit 2009 fast durchgehend keine Bedingungen für Kolumbien gab. Die (zunehmend diversifizierte) Wirtschaft beruht wesentlich noch immer auf dem Export von Rohstoffen, allen voran Öl und Kohle (20 % bzw. 9 % des Gesamtexports).

Kolumbien gehört mit einem HDI-Wert von 0,788 zur HDI-Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. In Bezug auf die Sustainable Development Goals liegt Kolumbien im Mittelfeld (Platz 75 von 167). Hier bestehen bei fast allen noch „signifikante“ bzw. „hohe“ Hürden.

Kolumbiens Militärausgaben liegen mit 3,3 % des BIP recht hoch; die Gesundheitsausgaben (7,7 % des BIP; Stand 2023) liegen deutlich, die Bildungsausgaben (3,9 %; Stand 2020) jedoch nur leicht darüber. Im Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2025 rangiert Kolumbien auf Platz 60 von 151 erfassten Staaten.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 7.040 US-Dollar (Atlas Methode; Stand 2024) zählt Kolumbien zu den „upper-middle-income economies“. Das Land hat keine ausstehenden Kredite beim Internationalen Währungsfonds mehr (Stand: April 2026). Allerdings gibt es starke Spannungen, seit der IWF 2025 eine Art Notfall-Kreditrahmen (Flexible Credit Line; FCL), zu der Kolumbien seit 2009 Zugang hatte, an Bedingungen knüpfte und damit den Zugang praktisch verwehrte. Dies verdeutlichte schwere wirtschaftliche Probleme, insb. einen bereits hohen Schuldenstand. Kolumbien kündigte daraufhin gegen Ende 2025 den FCL von sich aus auf. Allein die Auslandsverschuldung liegt bei rund 54 % des BIP (2023).

Kolumbien erholte sich vom durch die Covid-19-Pandemie bedingten Wirtschaftseinbruch (-7,2 % des BIP) schnell (2021 Wachstum um 10,8 %, 2022 um 7,3 %), verzeichnete 2023 und 2024 aber bereits nur noch geringe Wachstumsraten (0,7 bzw. 1,6 %). Zudem wurde die Kreditwürdigkeit aufgrund der Schulden sowie Fiskaldefiziten zuletzt von mehreren Ratingagenturen zurückgestuft.

Die kolumbianische Wirtschaft beruht weiterhin wesentlich auf dem Export von Rohstoffen, insbesondere Erdöl (20 % der Gesamtexporte), Kohle (9 %), Gold (5 %) und Kaffee (4,7 %). Bedeutende Exporterlöse werden zudem im Dienstleistungssektor erzielt, etwa durch Tourismus (12,4 %) und Transportdienstleistungen (4,3 %). Die Wirtschaft wird zwar langsam, aber stetig diversifiziert. Dies zeigt sich auch daran, dass Kolumbien im Economic Complexity Index (ECI) auf Rang 68 liegt. Allerdings hat sich die wirtschaftliche Komplexität im Vergleich zu vor zehn Jahren um drei Plätze verschlechtert. Ursache hierfür ist, dass die Exportdiversifizierung vor allem in weniger komplexe Produkte erfolgte. Das Pro-Kopf-Wachstum lag in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich bei 1,3 % und damit über dem regionalen Durchschnitt. Gleichzeitig machen offizielle Entwicklungshilfen (ODA) mit zuletzt 0,6 % des BNE (2021) nur noch einen geringen Anteil aus. Kolumbien gilt jedoch als besonders vulnerabel gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels. Trotz der bislang begrenzten Fortschritte bei der wirtschaftlichen Komplexität verfügt das Land über Potenzial, seine Produktions- und Exportstruktur auf Grundlage bestehender Fähigkeiten weiter zu diversifizieren.

Soziale Entwicklung

Kolumbien gehört mit einem HDI-Wert von 0,788 zur HDI-Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“ (Rang: 83 von 193). Unter seinen Nachbarländern liegt Kolumbien damit eher im oberen Bereich, hinter Peru (HDI-Wert von 0,794) aber vor Brasilien (HDI-Wert von 0,786) und Ecuador (HDI-Wert von 0,777), die ebenfalls zu den Ländern mit einer „hohen Entwicklung“ gehören. Nur Venezuela liegt mit einem HDI-Wert von 0,709 deutlich darunter und gehört zu der Ländergruppe mit „mittlerer menschlicher Entwicklung“. Allgemein ist das Land mit einem Gini-Indexwert von 54,4 (Stand 2024) das Land mit der viertgrößten Einkommensungleichheit weltweit.

In Bezug auf die Sustainable Development Goals liegt Kolumbien im Mittelfeld (Platz 75 von 167). Allerdings zeigen sich bei sieben Zielen weiterhin „signifikante Hürden“, bei weiteren sieben Zielen „große Hürden“ und nur bei zwei Zielen leichte Hürden. Immerhin verbesserten sich die Indikatoren zu sieben Zielen zuletzt auch, wobei sechs stagnierten und drei sogar rückläufig waren.

Mit 8,5 % der Bevölkerung lebt immer noch ein großer Teil unter der internationalen Armutsgrenze von drei US-Dollar pro Tag (kaufkraftbereinigt) und damit in sogenannter „absoluter Armut“. Legt man die Einkommensgrenze von 8,30 Dollar an – der Armutsgrenze für „upper-middle income countries“ wie Kolumbien – leben 37 % der Bevölkerung unter Bedingungen, in denen sie sich Dinge des täglichen Bedarfs nicht immer leisten kann. Entsprechend liegt der Anteil, gemessen an der nationalen Armutsgrenze, ähnlich hoch (32 %). Grund dafür ist unter anderem die weit verbreitete Arbeitslosigkeit (8,3% in 2025; Schätzung der ILO). Armut und Arbeitslosigkeit stiegen mit der Covid-19 Pandemie sprunghaft an, haben sich seither aber wieder auf vorpandemisches Niveau entwickelt.

Ein weiterer wirtschaftlicher Stressor ist die sehr hohe Zahl an Geflüchteten. Im Jahr 2024 gilt Kolumbien mit etwa 6,9 Millionen als Land mit der größten Anzahl intern Vertriebener Menschen weltweit. Zusätzlich befindet sich eine große Anzahl an internationalen Geflüchteten (überwiegend aus Venezuela; 2,86 Mio.) im Land. Für das Gesundheits- und Bildungssystem bedeuten beide Gruppen eine große Belastung. Weitere Stressfaktoren sind nicht bzw. kaum gegeben.

Kolumbiens Militärausgaben liegen mit 3,3 % des BIP recht hoch; die Gesundheitsausgaben (7,7 % des BIP; Stand 2023) liegen deutlich, die Bildungsausgaben (3,4 % des BIP; Stand 2020) jedoch nur leicht darüber. Im Globalen Militarisisierungsindex (GMI) 2025 rangiert Kolumbien auf Platz 60 von 151 erfassten Staaten.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

